



MARKTGEMEINDE ZIRL

Bezirk Innsbruck-Land

Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderates vom 30.03.2017 und 03.04.2017

Sitzungsdatum: Donnerstag, den 30.03.2017
Beginn: 19:00 Uhr
Ende: 23:03 Uhr
Ort, Raum: Trauungssaal Marktgemeinde Zirl

Anwesend:

Bürgermeister:

Herr Mag. Thomas Öfner

Ordentliche Mitglieder:

Frau Iris Zangerl-Walser
Frau Victoria Rangger
Herr BSc Andreas Albrecht
Frau Margit Gastl
Herr Thomas Gobes
Frau Viktoria Hammer
Herr Georg Kapferer
Herr Lukas Kaufmann
Herr Ing. Dr. Karl Neuraüter
Herr Peter Pichler
Frau Marion Plattner
Herr Alfred Stecher
Herr Hermann Stolze

Von der Verwaltung:

Herr Josef Gritsch bis 19:50 Uhr

Ersatzmitglieder:

Frau Iris Pichler
Herr Reinhold Redolfi
Herr Ing. Franz Reinhart
Frau Sigrid Thomaser
Frau MSc. Marion Witting

Schriftführerin:

Frau Dr. jur. Veronika Sepp-Zweckmair

Abwesend:

Ordentliche Mitglieder:

Herr Josef Gspan
Herr Ing. Wolfgang Hütter
Herr Thomas Pichler
Herr Arch. Dipl.-Ing. Rainer Schöpf
Frau Theresa Spirk

Tagesordnung:

- 1** Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2** Genehmigung der Niederschrift vom 16.02.2017
- 3** Bericht des Bürgermeisters
- 4** Genehmigung der Tagesordnung – Beschlussfassung zum Ausschluss der Öffentlichkeit
- 5** Beratung und Beschlussfassung betreffend die restlichen Haushaltsüberschreitungen 2016
Vorlage: FIN/071/2017
- 6** Beratung und Beschlussfassung der Jahresrechnung 2016
Vorlage: FIN/067/2017
- 7** Beratung und Beschlussfassung betreffend die Klärschlamm Monoverbrennung des Abwasserverbandes Zirl und Umgebung
Vorlage: INFR/151/2017
- 8** Beratung und Beschlussfassung betreffend der Mitfinanzierung des Projektes am Rangger Köpfl
Vorlage: AL/645/2017
- 9** Beratung und Beschlussfassung betreffend der Umsetzung Gewerbepark Zirler Wiese
Vorlage: AL/662/2017
- 10** Finanzierung der Außerordentlichen Vorhaben 2017, Einholung von Darlehensangeboten
Vorlage: FIN/054/2016
- 11** Festsetzung der Tarife betreffend die Verrechnung von nicht kostenfreien Leistungen der Feuerwehr
Vorlage: FIN/070/2017
- 12** Beratung und Beschlussfassung über die Neuanschaffung einer Kehrmaschine für die Marktgemeinde Zirl
Vorlage: INFR/153/2017
- 13** Beratung und Beschlussfassung betreffend der weiteren Vorgehensweise Bürgerservice alt
Vorlage: AL/646/2017
- 14** Beratung und Beschlussfassung über die Angelegenheit Weineckstraße
Vorlage: AV/532/2015
- 15** Beratung und Beschlussfassung betreffend Kurzparkzone Wiesenweg
Vorlage: INFR/147/2017

- 16** Beratung und Beschlussfassung betreffend dem Antrag auf Errichtung einer verkehrsberuhigenden Zone am Freiungsweg
Vorlage: INFR/152/2017
- 17** Nochmalige Beratung und Beschlussfassung betreffend dem Straßenbauprojekt Freiungsweg
Vorlage: INFR/158/2017
- 18** Beratung und Beschlussfassung über eine Neuregelung der Parksituation der NMS, SPZ, VS und Fambozi
Vorlage: INFR/154/2017
- 19** Beratung und Beschlussfassung betreffend dem Grundtausch der Gst 437 und 2882/1
Vorlage: INFR/156/2017
- 20** Beratung und Beschlussfassung betreffend Gst .200 (Moriglgasse)
Vorlage: BAU/080/2016
- 21** Beratung und Beschlussfassung betreffend Gst 217/6 (Fragensteinweg/Karwendelweg) - Errichtung eines Einfamilienhauses
Vorlage: BAU/091/2017
- 22** Beratung und Beschlussfassung betreffend Gst 2315/11- Antrag auf Reduktion des Abstandes zur Moosscheibe
Vorlage: BAU/099/2017
- 23** Beratung und Beschlussfassung betreffend der Subventionen 2017 der Bereiche Schule und Bildung
Vorlage: AL/657/2017
- 24** Beratung und Beschlussfassung betreffend Vereinssubvention 2017, Sport
Vorlage: AL/622/2017
- 25** Beratung und Beschlussfassung betreffend Vereinssubvention 2017, Kultur und Soziales
Vorlage: AL/623/2017
- 26** Beratung und Beschlussfassung betreffend Vereinssubvention 2017, Wirtschaft
Vorlage: AL/624/2017
- 27** Beratung und Beschlussfassung betreffend dem Kindergarten B4
Vorlage: AL/660/2017
- 28** Beratung und Beschlussfassung betreffend der Verpachtung des Schwimmbadcafes
Vorlage: AL/651/2017
- 29** Beratung und Beschlussfassung betreffend einem Vergleich-

abschluss zu einer offenen Rechtsangelegenheit
Vorlage: AL/650/2017

- 30** Anfragen an den Gemeindevorstand

- 31** Allfälliges, Anträge und Anfragen

- 32** Anfragen an den Leitungsausschuss - Personalentscheidungen

- 33** Anträge, Anfragen und Allfälliges

zu 1 Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Bericht:

Bgm Mag. Thomas Öffner begrüßt alle anwesenden GemeinderätInnen und ErsatzgemeinderätInnen sowie die 24 ZuhörerInnen, die Pressevertreter und eröffnet die Sitzung.

Anschließend stellt Bgm Mag. Thomas Öffner fest, dass die Beschlussfähigkeit gegeben ist. Entschuldigt sind GR Ing. Wolfgang Hütter, welcher von Ersatz-GR Iris Pichler vertreten wird, GR Theresa Spirk, welcher von Ersatz-GR Sigrid Thomaser, GR Schöpf Rainer, welcher von Ersatz-GR Reinhard Rudolphi vertretend wird, GR Thomas Pichler, welcher von Ersatz-GR Marion Witting vertreten wird und GR Josef Gspan, welcher von Ersatz-GR Franz Reinhart vertreten wird.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift vom 16.02.2017

Bericht:

Bgm Mag. Thomas Öffner fragt die GemeinderätInnen und ErsatzgemeinderätInnen, ob Einwände in Bezug auf die Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 16.02.2017 bestehen.

Diskussion:

GR Kapferer erklärt, dass beim Tagesordnungspunkt Allfälliges, Anträge und Anfragen die Wortmeldung von ihm von Ehnbach in Lehnbach berichtigt werden soll.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Die Niederschrift wird sodann genehmigt und Bgm. Mag. Öffner bedankt sich für die Protokollierung.

zu 3 Bericht des Bürgermeisters

Bericht:

Bgm. Mag. Öffner erklärt vorweg, dass er überlegt hat, zwei Sitzungen abzuhalten, sollten bis 23:00 Uhr nicht alle Tagesordnungspunkte behandelt werden können. Er möchte sodann die Sitzung gemäß § 38 Abs 3 TGO 2001 unterbrechen und am Montag um 19 Uhr im Trauungssaal fortsetzen. Er glaubt, dass er damit im Sinne aller GR und Ersatz-GR handelt, da eine Diskussion nach einer so langen Zeit keinen Sinn mehr hat.

Zudem berichtet er vom Schreiben des Vereins Teeny Wini und der Danksagung für die wertvolle Unterstützung des Bürgermeisters von Zirl. Der Verein hat zudem bekanntgegeben, dass er im Jahr 2017 eine Auszeit und dann im Jahr 2018 wieder seine Tätigkeit aufnehmen wird.

Weiters berichtet Bgm. Mag. Öffner, dass GV Ing. Wolfgang Hütter aus gesundheitlichen Gründen als Wirtschaftsausschussobmann und Referent für wirtschaftliche Angelegenheiten zurückgetreten ist. Als neuer Obmann wurde GR Peter Pichler gewählt.

Zur Klarstellung möchte er anmerken, dass GV Ing. Hütter nach wie vor sein Amt im Gemeindevorstand und im Gemeinderat ausüben wird.

Sodann erklärt er, dass er im vertraulichen Teil noch über weitere Angelegenheiten berichten wird.

zu 4 Genehmigung der Tagesordnung – Beschlussfassung zum Ausschluss der Öffentlichkeit

Bericht:

Bgm Mag. Thomas Öfner fragt nach, ob zur Tagesordnung seitens der GemeinderätInnen und ErsatzgemeinderätInnen Fragen und Änderungswünsche bestehen.
Sodann bittet er zur Beschlussfassung zu folgenden Tagesordnungspunkten.

Bgm Mag. Thomas Öfner teilt mit, dass die Tagesordnungspunkte 29, 30, 32 und 33 im vertraulichen Teil behandelt werden sollen.

Diskussion:

Keine Wortmeldungen.

Antrag + Beschluss:

Die Tagesordnungspunkte 29, 30, 32 und 33 werden im vertraulichen Teil behandelt.

Abstimmungsergebnis: beschlossen

Ja:	19	Nein:	0	Enthaltung:	
-----	----	-------	---	-------------	--

**zu 5 Beratung und Beschlussfassung betreffend die restlichen Haushaltsüberschreitungen 2016
Vorlage: FIN/071/2017**

Bericht:

Bgm. Mag. Öfner berichtet, dass es auch im Haushaltsjahr 2016 Bereiche gegeben hat, wo mehr ausgegeben wurde als im Budget geplant war. Beispiele sind:

Höhere Wahlkosten € 25.626,--, Öffentlichkeitsarbeit € 35.436,--, Wettbewerb Dorferneuerung € 21.204,--, Instandhaltung Volksschule einschl. LED € 26.758,--, Sozialhilfebeiträge ans Land € 77.009,--, Jugendwohlfahrtbeitrag ans Land € 20.151,--, Instandhaltung Wege € 47.380,--, Wildbachverbauten und Schutzbauten € 31.658,--, Zusätzlicher Grundkauf € 23.426,--, Prüfungsgebühren an Land € 30.009,--, Zuschüsse Wasser, Müll und Veranstaltungssaal € 232.701,--, Erschl. Landw. Siedlungsgebiet € 171.388,--, Rest Einrichtung Bürgerservice € 40.023,--, Erschl. Kleingartenanlage Dirschenbach € 73.306,--, Vom Ordentlichen Haushalt wurden mehr an den Außerordentlichen Haushalt zugeführt von € 219.539,--.

Insgesamt gibt es Mehrausgaben von € 2.766.764,--, davon hat der Gemeinderat Überschreitungen von € 903.819,-- schon genehmigt.

Die Überschreitungen sind gedeckt, wie man in der Jahresrechnung sieht, durch Bereiche wo weniger ausgegeben wurde und durch Mehreinnahmen.

Die Überschreitungen hat der Überprüfungsausschuss angeschaut. Er bittet sodann GR Ing. Dr.Karl Neurauder als Ausschussobmann des Überprüfungsausschusses um seinen Bericht.

GR Ing. Dr. Neurauder berichtet, dass der Überprüfungsausschuss eine Liste vorgelegt bekommen hat, wie erwähnt wurden Mehrausgaben in der Höhe von € 2.766.764 getätigt. Die letzte Beschlussfassung war in der Sitzung im November. Es ist nicht ungewöhnlich, wenn so viel Haushaltsstellen nicht punktgenau erwischt werden. Bei manchen Angelegenheiten hat es massive Überschreitungen gegeben, welche nicht vorher zur Beschlussfassung an den Gemeinderat gelangten. In der Liste vom November 2016 waren einige Punkte ausgenommen. Dabei handelt es sich um den Wettbewerb Dorferneuerung, die allg. Sportförderung, die Stammförderung Sport, Projektförderung Sport, Tradition Instandhaltung Straße und Wege und Projektförderung Tourismus.

Auffallend war der Überschuss im Bereich Abwasser, es ist daraus zu schließen, dass dies nicht wirklich gerechtfertigt ist. Durch die Gebührenerhöhung konnte ein Überschuss erzielt werden. Die planmäßige Zuführung in den außerordentlichen Haushalt benötigt einen Gemeinderatsbeschluss im Vorfeld. Seiner Meinung nach ist die wirtschaftliche Lage im Resultat nicht so schlecht. Kredite, die beschlossen wurden, wurden nicht zur Gänze aufgenommen.

Das Landwirtschaftliche Siedlungsgebiet in der Aue hat Gesamtkosten von € 1,3 Mio ergeben, es handelt sich im Konkreten um die Aussiedlung eines Bauernhofes. Dies ergab eine massi-

ve Überschreitung, die nicht im Gemeinderat beschlossen wurde. Auffallend waren im Schulbereich Überschreitungen in Höhe von € 48.000,--, € 38.000,-- und im SPZ € 59.000,--
Betreffend dem Autokauf für das SPZ gibt es keinen Gemeinderatsbeschluss.

Wenn man dies gesamt betrachtet, kann man davon ausgehen, dass die finanzielle Lage nicht so schlecht ist. Bei größeren Projekten sollte die Genehmigung des Gemeinderates eingeholt werden. Dies ist bei der Überschreitungsliste aufgefallen. In kleineren Bereichen ist eine Überschreitung aber gerechtfertigt.

Diskussion:

VBgm Rangger fragt nach der Liste und ob es außer dieser Liste noch etwas anderes gibt, aus dem man sieht, aus welchem Bereich die Überschreitung kommt zB Öffentlichkeitsarbeit Überschreitung. Sie fragt sich, ob man in diese einsehen kann.

Bgm. Mag. Öfner erklärt, dass der Überprüfungsausschuss das im Vorfeld gemacht hat dass dieser Punkt durchgegangen ist. Der Überprüfungsausschuss hat sich auch Detailübersichten im System angeschaut. Im kommenden Jahr ist eine ergänzende Vorgehensweise festgelegt, dass im Wirtschaftsausschuss über aktuelle Überschreitungen berichtet wird und nachfolgend eine Beschlussfassung im Gemeinderat erfolgt.

VBgm. Rangger geht auf die Vereinssubventionen und die Überschreitungen in Höhe von € 100.000,-- ein. Heute soll ja der Beschluss betreffend der Sondersubventionen erfolgen.

Bgm. Mag. Öfner erklärt, dass er dies beim dafür vorgesehen Tagesordnungspunkt behandeln will. Es gibt drei Positionen, die keine klassischen Subventionen sind, die inhaltliche Zuwendung an JUZE, die Förderung der Sonnensprossen und Waldkiebitze. Für nächstes Jahr werden da eigene Haushaltsstellen gebildet.

VBgm. Rangger erklärt, dass die Subventionen der Senioren recht groß sind, zB Projektförderung Senioren € 19.000 Überschreitung. Sie findet es erstrebenswert, wenn heute die Subventionen beschlossen werden, dass das im Vorfeld vor Beschlussfassung noch auffällt.

Bgm. Mag. Öfner geht auf die Sitzung des Überprüfungsausschusses ein und dass eine Bedeckung gegeben ist.

Es wird über Überschreitungspositionen diskutiert.

Finanzverwalter Gritsch erklärt, dass er nicht Details zu einzelnen Positionen sagen kann. Er müsste diese im Programm einsehen. Er verweist darauf, wenn er das im Vorfeld weiß, kann er dies für die Sitzung vorbereiten.

Bgm. Mag.Öfner fügt hinzu, dass eine Bedeckung gegeben ist.

Ersatz-GR Thomaser fragt nach dem Kindergarten und der Position in Höhe von € 15.000,-- erhöhter Wasserverbrauch.

Bgm. Mag.Öfner erklärt, dass da Wasser gelaufen ist, ohne dass man es bemerkt hat. Es handelt sich also um einen Schaden, den die Gemeinde selber verursacht hat.

Finanzverwalter Gritsch erklärt, dass man auf der anderen Seite den Wasserzins bekommen hat.

Ersatz-GR Thomaser erklärt, dass es bei den Einrichtungen massiv hohe Rechnungen der Reinigungsmittel gibt, sie regt an, ob man sich das anschauen kann.

Bgm. Mag. Öfner erklärt, dass dies schon behandelt wird, es wird einen entsprechenden Bericht dazu geben.

Antrag + Beschluss:

Die aufgelisteten Ausgabenüberschreitungen in Höhe von Euro 2.766.764,41 abzüglich der bereits genehmigten Überschreitungen, bedeckt durch die in der Jahresrechnung ersichtlichen Minderausgaben und Mehreinnahmen, werden genehmigt.

Abstimmungsergebnis: beschlossen

Ja:	14	Nein:	5	Enthaltung:	
-----	----	-------	---	-------------	--

**zu 6 Beratung und Beschlussfassung der Jahresrechnung 2016
Vorlage: FIN/067/2017**

Bericht:

Bgm. Mag. Öfner möchte eine grundsätzliche Erklärung abgeben, bevor er den Prüfungsausschussobmann um seinen Bericht bittet Sodann liest er vor wie folgt:

*„Geschätzte KollegInnen des Gemeinderates!
Geschätzte ZuhörerInnen und VertreterInnen der Presse!*

Budgetvoranschläge und Rechnungsabschlüsse öffentlicher Haushalte stellen die in Zahlen gegossene Politik dar und verdienen daher zu Recht besondere Aufmerksamkeit. Nach meinem Verständnis ist aber auch besondere Sorgfalt und Seriosität der Verantwortlichen Entscheidungsträger im Umgang mit dem Geld der SteuerzahlerInnen geboten.

Die Erfahrungen nach einem Jahr Bürgermeister in der Marktgemeinde Zirl und der heute dem Gemeinderat vorliegende Rechnungsabschluss 2016 sind für mich der richtige Zeitpunkt einige Eckdaten unserer Budgetsituation darzustellen und an das Erfordernis der besonderen Sorgfalt und Seriosität in diesem Zusammenhang zu erinnern, weil ich sie dort und da vermisse.

Der Rechnungsabschluss 2016 ist dabei keinesfalls als Eröffnungsbilanz des neuen Gemeinderates und des aktuellen Bürgermeisters zu betrachten, sondern er stellt gleichsam die „Schlussrechnung“ der vergangenen Gemeinderatsperiode und des letzten Budgetvoranschlags der Gemeindeführung der Vorperiode dar, liegt ihm doch das letzte vom alten Gemeinderat beschlossene Budget zu Grunde.

Um überhaupt einen positiven Rechnungsabschluss 2016 zu Stande zu bringen, waren nicht ganz alltägliche Maßnahmen, wie der Beschluss eines Nachtragshaushaltes und in diesem Zuge vor allem auch die schmerzliche Reduzierung der Betriebsmittelrücklage der Marktgemeinde Zirl von ursprünglich EUR 600.000,-- auf nunmehr EUR 400.000,-- notwendig.

Einige wesentliche Ursachen dafür seien beispielhaft und ohne Anspruch auf Vollständigkeit angeführt:

- Sonderaufschließungsbeiträge ohne rechtliche Grundlage – die zu Grunde liegende Verordnung war rechtlich nicht sorgfältig geprüft und daher rechtswidrig - waren auf der Einnahmenseite budgetiert und konnten folglich nicht vorgeschrieben werden. Im Haushalt 2017 führt dieser Mangel zu weiteren Belastungen des Haushaltes – geplante, aber fehlende Einnahmen werden zu unvorhergesehenen Ausgaben – ein „Doppel-effekt“ im negativen Sinne!*
- Die Kommunalsteuereinnahmen waren zu hoch angesetzt und mussten nach unten korrigiert werden und blieben letztlich um mehr als EUR 50.000,-- hinter den Erwartungen zurück.*
- Die Einnahmen aus dem Steinbruch waren - trotz entsprechender Hinweise - zu hoch angesetzt und es fehlen hier EUR 80.000,--.*

- Auch die Einnahmen beim Veranstaltungszentrum B4 blieben hinter den Erwartungen des Voranschlags – Fehlbetrag EUR 80.000,--.
- Ausgabenseitig musste die Position „Rechtsberatungskosten“ von EUR 30.000,-- auf EUR 80.000,-- korrigiert werden – die Ursachen für diese Mehrkosten wurden bereits in der Vorperiode gesetzt.
- Die Erschließungskostenbeiträge für die Kleingartensiedlung in Dirschenbach wurden bereits 2014 vorgeschrieben und anderweitig verbraucht, rund EUR 100.000,-- fehlten daher dazu im Budget 2016 bei der tatsächlichen Umsetzung.
- Für einige bereits in der Vorperiode beschlossene und an sich 2015 fällige Kosten, wurden trotz 2015 nicht getätigter Zahlungen keine Rückstellungen für die tatsächlich dann 2016 erforderlichen Zahlungen gebildet (Einrichtung Bürgerservice, Nebenkosten Grundkauf Schulareal, Kauf Feuerwehrfahrzeug, etc.) – Fehlbetrag ca. EUR 270.000,--.
- Schwer wiegt auch, dass über viele Jahre Investitionen nahezu ausschließlich über längerfristige Kreditaufnahmen und/oder Anmietungs- und Leasingvarianten möglich gemacht wurden– Eigenmittel wurden nicht angespart. Die daraus resultierenden LAUFENDEN Zahlungen schränken die frei verfügbaren Mittel des ordentlichen Haushaltes über Jahre nachhaltig ein und haben auch im Budgetvollzug für das Jahr 2016 zur oben dargestellten, schwierigen Situation geführt.

Schon in der Zeit der Wahlwerbung, vor allem aber auch nach der Gemeinderatswahl 2016 wurde und wird in der politischen Diskussion darauf verwiesen, dass lange überfällige bzw. familienpolitische Investitionen, wie zum Beispiel das Kultur- und Veranstaltungszentrum B4 oder der Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen umgesetzt wurden, was auch richtig ist, nie in Abrede gestellt wurde und auch heute nicht wird.

Was also ist da passiert? Was müsste sich ändern?

Was lange verschwiegen wurde und heute gesagt werden muss, ist die Problematik jener nicht getätigten Investitionen, die sich daher logischerweise in keinem der Rechnungsabschlüsse der vergangenen Jahre wiederfinden und die nun sukzessive schlagend werden. Unser budgetärer Handlungsspielraum wird auf Jahre eingeschränkt sein:

- Die gesetzlich verpflichtende Herstellung der Barrierefreiheit ist in unseren älteren öffentlichen Gebäuden nicht durchgehend gegeben, eine entsprechende Begehung hat bereits stattgefunden, die Auswertung und Erhebung der Kosten ist noch nicht abgeschlossen. Allein die Liftanlage in der Volksschule wird nach vorsichtigen Schätzungen mit einem Betrag von ca. EUR 100.000,-- zu Buche schlagen. Konkrete Angebote werden derzeit eingeholt.
- In unseren öffentlichen Gebäuden besteht auch anderweitiger Sanierungsbedarf. So haben unsere Heizungsanlagen teilweise ihr technisches Lebensalter erreicht. Beispielsweise ist die Anlage in der Volksschule ca. 30 Jahre alt, wird mit noch „Schwechat 2000“ beheizt und wird daher dringend zu erneuern sein – eine vorsichtige Kostenschätzung liegt bei ca. EUR 100.000,--.
- Die Erneuerung der Wasserversorgung im Bereich des Hochbehälters Eigenhofen/Dirschenbach wird aus technischer und hygienischer Sicht immer dringender und wurde über Jahre zurückgestellt. Eine entsprechende Kostenschätzung wird derzeit ausgearbeitet.
- Die verkehrstechnische Umsetzung der Begegnungszone im Bereich Kirchstraße/Bahnhofstraße befindet sich in einem untragbaren Zustand und muss dringend verändert werden. Die Kostenschätzungen dafür bewegen sich allerdings im Bereich mehrerer 100.000,-- EURO.
- Sanierung Steinschlagsituation Schlossbach – geschätzte Kosten für die Marktgemeinde Zirl ca. EUR 35.000,-- bis 40.000,--. Diese Förderungen sind zugesagt worden. Die Sanierung beginnt im Frühsommer 2017, leider etwas später als ursprünglich zugesagt.

Ich könnte die Liste noch länger fortsetzen und der aufmerksame Zuhörer wird sich nun fragen „Was hat dieser Ausblick in die Zukunft mit dem Rechnungsabschluss 2016 und jener der Vorjahre zu tun?“

Die Budgetgestaltungen der letzten Jahre haben nachhaltigen Einfluss auf die kommenden Jahre. Während auf der Ausgabenseite kräftige Investitionen mit Zustimmung (fast) aller Fraktionen getätigt wurden (auch unserer Fraktion), gab es zwar auch auf der Einnahmenseite ambitionierte Vorhaben, die aber zu keinem greifbaren Einnahmenezuwachs geführt haben. Besonders schmerzlich ist dabei zu vermerken, dass im Zuge der Bestrebungen das Gewerbegebiet Zirler Wiesen umzusetzen und damit erhebliche Kommunalsteuermehreinnahmen zu erzielen, der Gemeinderat der Marktgemeinde Zirl, vor allem aber die Raumordnungsabteilung des Landes Tirol, soweit wir dies aus dem vorliegenden Schriftverkehr entnehmen können, unrichtig informiert wurden.

Mit Schreiben vom 10.6.2015 wurde von der früheren Gemeindeführung der Raumordnungsabteilung schriftlich mitgeteilt, dass „für alle Liegenschaften rechtlich gesicherte Optionsverträge für den Kauf der Liegenschaften“ vorliegen würden. Zudem ist einem internen Prüfbericht der Raumordnungsabteilung vom 23.2.2015 zu entnehmen, dass angeblich seitens Gemeinde Zirl mitgeteilt worden sei, dass alle betroffenen Grundeigentümer, auch die Selbstverwerter, sowohl der Baulandumlegung als auch der kostenlosen Bereitstellung der erforderlichen Erschließungsstraßen zugestimmt hätten. Es wurde der Eindruck erweckt, das Vorhaben stünde kurz vor seiner Realisierung, heute wissen wir – dies entspricht nicht der Realität.

Im Ergebnis führt dies dazu, dass die geplanten Kommunalsteuereinnahmen für ca. 350 Arbeitsplätze aus dem Gewerbegebiet Zirler Wiesen bis heute nicht zur Verfügung stehen und in den Budgetplanungen schmerzlich vermisst werden.

Dem gegenüber werden aus meiner Sicht immer wieder derzeit unerfüllbare Forderungen nach weiteren Investitionen gestellt.

- Nach wie vor wird von manchen die Investition in ein Heimatmuseum am Standort Gasthof Hirschen gefordert – geschätzte Investitionskosten ca. EUR 800.000,-- noch aus der Zeit meines Vorgängers. Das Finanzierungskonzept dazu fehlt.*
- Beantragt wurde z. Bsp. der Ankauf zusätzlicher Grundflächen im Ausmaß von ca. 2000 m² im Äuele zur Umsetzung eines „Kinderbetreuungszentrums“. Das Finanzierungskonzept dazu fehlt völlig.*
- Beantragt wurde die Realisierung eines umfassenden „Freizeitkonzeptes“ ebenfalls am Standort Äuele. Das Finanzierungskonzept dazu fehlt ebenfalls.*

Von jenen, die das fordern, habe ich also bis heute keine Finanzierungskonzepte zu den oben angeführten dringenden Investitionen in unsere kommunale Infrastruktur vorgelegt bekommen. Auf der heutigen Tagesordnung stehen zudem einige Entscheidungen an, die schmerzhaft sein werden, weil wir Bürgerinnen und Bürgern von Zirl vermutlich sagen müssen, dass wir Ihre Wünsche nicht erfüllen können. Der Entscheidung des Gemeinderates kann ich hier aber selbstverständlich nicht vorgreifen.

Es wird aus meiner Sicht auch erforderlich sein, zuerst das „eigene Haus Marktgemeinde Zirl“ in Ordnung zu bringen, bevor wir an die Beteiligung an Infrastruktur- und Tourismusprojekten in anderen Gemeinden denken können. Mehr dazu an anderer Stelle und an einem anderen TO-Pkt.

Die Marktgemeinde Zirl braucht dazu ein gemeinsames Bekenntnis möglichst aller Gemeinderatsfraktionen zu einer nachhaltigen Budgetsanierung und dazu wird es auch den Mut brauchen, unpopuläre Entscheidungen zu treffen. Ich persönlich bin dazu bereit und bitte die MandatarInnen aller heute im Gemeinderat vertretenen Fraktionen dafür um Ihre Unterstützung.

Trotz der engen Budgetsituation schaue ich grundsätzlich optimistisch in die Zukunft, wenn wir jetzt gemeinsam dazu bereit sind, nicht immer wieder Forderungen nach neuen Investitionen zu erheben, sondern einerseits unsere kommunale Infrastruktur und unser Budget zu sanieren und andererseits für Mehreinnahmen zu sorgen – vornehmlich durch die Erhöhung der Kommunalsteuereinnahmen. Dann werden in ein paar Jahren auch wieder neue und zukunftsweisende Projekte eine Chance auf Umsetzung haben.

Über das eben Gesagte werde ich in einer terminlich noch festzulegenden Gemeindeversammlung im Frühjahr 2017 auch die Bevölkerung von Zirl informieren.“

Bgm. Mag. Öfner informiert sodann darüber, dass während der Einsichtnahme eine Stellungnahme des Altbürgermeisters Hanspeter Schneider eingelangt ist. Er selbst hatte vor Einlangen der Stellungnahme im Gemeindeamt keine Kenntnis davon, dass ein Bericht kommen wird. Diese Stellungnahme liest er sodann vor:

„Sehr geehrte Gemeinderäte/Innen! Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Die Erstellung der Jahresrechnung 2016 durch den Bürgermeister und den Kassenleiter wurde ordentlich und sauber zusammengestellt.

Da aber beim Voranschlag 2016, erstellt vom inzwischen abgewählten ZA-BGM DI (FH) Josef Kreiser die Empfehlungen der Gemeindeabteilung des Landes für die Erstellung eines Voranschlages nicht eingehalten wurden, „die Einnahmen die untere Grenze und bei den Ausgaben, die obere Grenze“ anzusetzen, mussten Einsparungen bei den Ausgaben, ein Nachtrags Haushaltsplan und Rücklagenentnahmen getätigt werden, um eine ausgeglichene Jahresrechnung zustande zu bringen. Die finanzielle Situation der Gemeinde ist angespannt und als kritisch zu bezeichnen.

Bei der letzten Jahresrechnung von Bürgermeister Hanspeter Schneider 2009 war die Darlehenshöhe 14,4 Mio Euro, frei verfügbare Mittel von 1 Mio Euro und ein Verschuldungsgrad von 41,5%. Die Jahresrechnung 2016 ergibt die Darlehenshöhe 17,1 Mio Euro, frei verfügbare Mittel (laut Aussage der Gemeindeabteilung des Landes) 55.000,- Euro und ein Verschuldungsgrad von 64%; jährlich müssen 1,4 Mio Euro für Tilgung und Zins verwendet werden. Da 2017 weitere Darlehen nötig sind (bspw. Restzahlung „Kapferer“-Grund, Restzahlung Bürgerservice-Büro und die Kirchenrenovierung) wird der Verschuldungsgrad wahrscheinlich weitersteigen.

Wie will die Gemeinderatsfraktion Zirl Aktiv mit fast leerer Kassa Projekte wie bspw. Kletterzentrum, Kirchstraße-NEU, Heimatmuseum-Neu, sofortige Bebauung Kapferergrund und Betriebskindergarten Zirler Wiesn u.a. finanzieren? Nur Fordern und Kritisieren ist zu wenig.

Immer wieder kehrende Behauptungen von GR Ing. Mag. Karl Neurauder 300 neue Arbeitsplätze geschaffen zu haben, entspricht nicht den Tatsachen.

Der Vergleich der Jahresrechnungen 2009 + 2016 ergibt folgendes Ergebnis:

<i>Kommunalsteuer 2009:</i>	<i>1.330.000,- Euro</i>
<i>10% Zuschlag für 7 Jahre Lohnerhöhung =</i>	<i>130.000,- Euro</i>
<i>Ergeben insgesamt</i>	<i>1.460.000,- Euro</i>
<i>Kommunalsteuer 2017 beträgt</i>	<i>1.642.000,- Euro</i>
<i>Ergibt eine Differenz von</i>	<i>182.000,- Euro, das sind max. 200 Arbeitsplätze</i>

Zum Schluss möchte ich noch feststellen, dass die Gemeinde in dieser Periode keine großen Sprünge sich leisten wird können, wenn der Gemeinderat gewillt ist, die Gemeindefinanzen zu konsolidieren und nicht weiter zu verschulden.

Hanspeter Schneider, Altbürgermeister von Zirl“

Sodann bittet er GR Neurauder bzw den Ausschussobmann des Überprüfungsausschusses um seinen Bericht.

GR Neurauder bedankt sich für die Vorstellung und geht auf die Eckdaten des Rechnungsabschlusses ein.

Der Überprüfungsausschuss hat den Rechnungsabschluss geprüft und geschaut, ob er den Rechtsvorschriften entspricht. Es wurde geprüft, ob die richtigen Zahlen eingetragen wurden. Es sind wenige Korrekturen vorgenommen worden. Die Vermögensaufstellungen bei den Betrieben mit marktbestimmter Tätigkeit wurden nachgereicht. Es wurde vom Ü-Ausschuss no-

tiert, dass diese Aufstellungen beim nächsten Mal vollständig vorhanden sein sollten. Zu korrigieren sind im außerordentlichen Haushalt beim Veranstaltungssaal die Zahlen, da diese durch einen Programmfehler nicht richtig übernommen worden sind. Bis zum heutigen Tag ist rechnerisch alles korrekt vom Überschuss. Im Vorjahr hat er aber konkret darauf hingewiesen, dass es Überschreitungen gibt. Er geht darauf ein, dass Beauftragungen ohne Gemeinderatsbeschluss und ohne Sicherstellung der Finanzierung erfolgt sind, zB beim Landwirtschaftlichen Siedlungsgebiet, bei diversen Subventionen bzw. beim Autokauf des SPZ.

Bei den Einnahmen möchte er festhalten, dass Unterstützungsleistungen von der Landesseite nicht angefordert wurden, obwohl diese zustehen, zB € 30.000,- für das Gemeindegebäude, € 150.000,- für den Ausbau Breitbandnetz und € 40.000,- Heimatmuseum. Er regt an, dass die Gemeinde auch bei der Abwasserbeseitigung nicht gewinnorientiert sein sollte. Bei gemeindeeigenen Betrieben sollten nicht so hohe Überschüsse erzielt werden. zB wurde bei der Müllbeseitigung ein Überschuss erzielt und trotzdem sind die Gebühren erhöht worden. Im außerordentlichen Haushalt sind € 900.000,- veranschlagt. In der Aue ist die Erschließung der landwirtschaftlichen Betriebe bzw besser gesagt des landwirtschaftlichen Betriebes ohne Gemeinderatsbeschluss erfolgt. Dies sollte nicht passieren und schon gar nicht in dieser Höhe. Der Bgm. hat heute viele negativen Sachen vorgebracht, er selbst erachtet den Haushalt aber nicht so schlecht wie heute vom Bgm dargestellt. Es gibt einen Überschuss bei den gemeindeeigenen Betrieben. Das Budget ist nicht so schlecht wie es sich darstellt, sonst würden nicht € 200.000 an Überschuss vorhanden sein. Er erachtet es als bedenklich, dass die Gemeinde Zirl die Gehaltszahlungen der Mitarbeiter erst 2018 ausbezahlt obwohl diese einen Anspruch darauf haben.

23 Mio. an Gesamtausgaben zu 23 Mio an Gesamteinnahmen stellen einen ausgeglichenen Haushalt dar. € 20.000,- buchhalterisch Überschuss ohne Bedarfszuweisungen und ohne Transferzahlungen. Mit diesen würde ein Überschuss von 1,5 Mio bestehen. Bei den Personalkosten hat es eine Erhöhung von 7,4 Prozent gegeben. Man kann dies kritisch wie Altbgm. Hanspeter Schneider betrachten oder nicht. Der Verschuldensgrad ist auf 63 Prozent gewachsen und natürlich hoch. Er verweist zudem auf die Rücklagen, die bis zum Jahresende halbiert worden sind. Die Kritik an die vergangene Periode ist nicht gerechtfertigt, es hat sehr wohl einen Aufbau des Vermögens gegeben. 1,3 Mio hat man gehabt, jetzt ist auf € 750.000,- reduziert worden.

Es wird sodann über den Bericht des Altbgm diskutiert und in welcher Funktion dieser abgeben wurde. Von Bgm. Mag. Öfner wird die Möglichkeit eines jeden Bürgers der Einsichtnahme und Stellungnahme in einen Rechnungsabschluss nach den Vorschriften der Tiroler Gemeindeordnung erläutert.

Der Bgm. und der Finanzverwalter verlassen um 19:47 Uhr den Raum. Sodann übernimmt VBgm. Zangerl-Wasler den Vorsitz im Gemeinderat. Sie fragt nach, ob noch Wortmeldungen zur Jahresrechnung sind.

Diskussion:
Keine Wortmeldung.

Antrag + Beschluss:
Die Jahresrechnung 2016 mit:

	Ord. Haushalt	AO-Haushalt	Gesamt
Einnahmen	20.266.005,86	2.362.542,89	22.628.548,75
Ausgaben	<u>20.247.957,22</u>	<u>2.362.542,89</u>	<u>22.610.500,11</u>
Jahresergebnis:	18.048,64	0,00	18.048,64

wird genehmigt und dem Rechnungsleger die Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis: beschlossen

Ja:	13	Nein:	5	Enthaltung:	
-----	----	-------	---	-------------	--

Bgm. Öffner und der Finanzverwalter betreten wieder den Raum. Es wird ihnen von VBgm. Zangerl-Walser der positive Beschluss der Jahresrechnung mitgeteilt.

Bgm. Mag. Öffner bedankt sich beim Gemeinderat und bedankt sich vor allem beim Finanzverwalter Josef Gritsch, der immer eine sehr gewissenhafte und ausgezeichnete Arbeit leistet.

**zu 7 Beratung und Beschlussfassung betreffend die Klärschlamm Monoverbrennung des Abwasserverbandes Zirl und Umgebung
Vorlage: INFR/151/2017**

Bericht:

Ausschussobmann Pichler berichtet, dass dieses Thema bereits in der Vorperiode behandelt wurde. In seinem Ausschuss erfolgte eine Präsentation durch den Geschäftsführer des Abwasserverbands DI Rudolf Häussler, Herrn DI Harald Winkler (hkw) und Herrn DI Wolfgang Widmann (INFRA Project Delvelopment GmbH).

Folgende Ausgangslage wird durch den Ausschussobmann erklärt:

12 Abwasserverbände (behandeln das Abwasser von 94 Tiroler Gemeinden) haben sich zusammengeschlossen um die derzeitige Klärschlamm Entsorgung in eine Klärschlammverwertung inklusive Sicherung von Phosphorreserven umzuwandeln.

Phosphor wurde von der EU in die Liste der kritischen Rohstoffe aufgenommen, da Europa seinen Phosphorbedarf nur durch Importe aus anderen Kontinenten decken kann.

Die Anlage soll auf dem Gelände des Abwasserverbandes Zirl errichtet werden, ein positiver Beschluss des Abwasserverbandes liegt vor.

Pro Jahr sollen bis zu 30.000 Tonnen Klärschlamm (= 40 % des jährlichen Tiroler Klärschlammes) thermisch verwertet werden. Zurückbleiben ca. 3.400 Tonnen Asche, die ca. 170 – 340 Tonnen Phosphor enthalten.

Nachdem die Phosphorrückgewinnung derzeit noch unwirtschaftlich ist, soll diese Asche zwischengelagert werden (z.B. Ahrental). Die Verantwortlichen rechnen aufgrund des Preisanstiegs von Phosphor mit wirtschaftlicher Rückgewinnung in 10 – 15 Jahren.

Errichtung kostet € 14,6 Mio., Betriebskosten liegen bei € 1,4 Mio. p.a.

Es werden 5 – 6 Arbeitsplätze geschaffen.

Um die Kosten in der gleichen Größenordnung wie die bisherige Entsorgung zu halten - € 70,00 pro Tonne – ist eine Förderung von ca. 40 % der Errichtungskosten erforderlich – gefördert werden sollen EU, Bund und Land Tirol.

Die 12 Abwasserverbände verpflichten sich, ihre Klärschlämme vollständig zur Verwertung zu liefern und dafür etwa € 70,- pro Tonne wertgesichert zu bezahlen.

Genehmigung für die thermische Verwertung liegt seit 2008 vor, ist aber 2015 abgelaufen und muss erneuert werden, gleichfalls gibt's einen positiven RO-Beschluss.

Wirtschaftlichkeit:

Berechnung erfolgte von unten nach oben, dh es wurde errechnet welcher Umsatz bei gleichbleibenden Kosten für die Verbände (also € 70,- pro Tonne) entsteht wenn alle abliefern. Gleichzeitig wurden die Kosten errechnet und ermittelt wie viel Förderungen erforderlich sind um kostenneutral zu bleiben. Zu welchem Preis sie den Klärschlamm anliefern.

Im Wirtschaftsausschuss wurde ausführlich darüber beraten und die Empfehlung abgegeben, der Errichtung der Anlage in Zirl grundsätzlich zuzustimmen. Voraussetzung ist die Einhaltung der Parameter der Projektstudie vom Juni 2015.

Bgm. Öffner ergänzt, dass dieses Projekt ein Projekt des Abwasserverbandes Zirl ist und dass das Budget nicht direkt belastet wird, aber natürlich Zirl schon beteiligt ist. Der Gemeinderat muss aber einen Beschluss fassen, da Mag. Ingrid Felipe Förderungen davon abhängig

macht. Die Standortgemeinde muss den Beschluss fassen, dann kann das Projekt weitergehen. Er selbst hält dies für sehr sinnvoll. Die kritischen Fragen konnten in der Projektvorstellung getätigt werden.

Diskussion:

Ersatz-GR Thomaser fragt nach ob bei den 12 Abwasserverbänden Innsbruck auch dabei ist.

Es wird erklärt, dass Innsbruck nicht dabei ist.

Ersatz-GR Thomaser ist der Meinung, dass, sollte die Genehmigung erfolgen, es bestimmt zu weißem Rauch und vermehrten LKW Fahrten führt, sie würde es für sinnvoll erachten, wenn es eine umfassende Information an die Zirler Bevölkerung gibt, ansonsten könnten die Kamine mit Rauch kritisch gesehen werden. Die Idee selbst erachtet sie aber als sehr gut. Sie fragt nach wegen der Zwischenlagerung der Asche.

Bgm. Mag. Öfner erklärt dies in groben Zügen und geht darauf ein, dass es sich um ein Zukunftsprojekt handelt. Er verweist aber auf die Projektvorstellung im Ausschuss und dass er kein Techniker ist.

Ausschussobmann Pichler erklärt, dass sich der Transport beträchtlich reduzieren wird, da 300 km Fahrten reduziert werden in Tirol.

Ersatz-GR Thomas erklärt, dass es Zirl aber treffen wird.

Ausschussobmann Pichler erklärt, dass es sich um 6 LKW pro Tag handelt.

Ersatz-GR Witting geht auf den Aufwand der momentan herrscht und die LKW Reduzierung ein.

Ersatz-GR Reinhart erachtet es als merkwürdig, wenn so ein großes Projekt umgesetzt wird dass dann nur von der Fraktion Zirl Aktiv kritische Stimmen kommen. Der Entscheidungsprozess in diesem Gemeinderat läuft schon ein halbes Jahr und es hat Möglichkeiten gegeben, dies alles zu fragen. Der Ausschuss hat dies kritisch hinterfragt, in diesem ist auch die Fraktion Zirl Aktiv vertreten. Das Projekt sollte seiner Meinung nach befürwortet werden.

GR Stolze möchte die neutrale Darstellung ins rechte Licht rücken. Es handelt sich nicht ganz um nur 6,7, 8 LKW pro Tag. Dies bedeutet auch, dass an Samstagen und Sonntagen gefahren wird. Die Anlage läuft 24 Stunden durch. Eine Anlage in dieser Größe gibt es in der Schweiz. Ihm ist aufgefallen, dass die Zahlen nicht aktuell sind, sondern schon zwei Jahre alt sind. Gut wäre die Klärung der Rechtsperson, die diese Anlage betreibt. Betreffend der Liefergarantie sind die Umstände noch nicht geklärt. Betreffend die zusätzliche Emission gibt es keine saubere Berechnung, wie sich diese Emission auswirkt und entwickelt. Was schmerzlich abgeht, ist dass der Emissionsschutz in diesem Bereich nicht vorliegt. Deswegen stellt er den Ergänzungsantrag einer Luftgütemessstelle.

VBgm. Rangger erklärt, dass eine Verallgemeinerung schwierig ist, da Ersatz-GR Thomaser nicht im Wirtschaftsausschuss ist. Sie erachtet die Wortmeldungen als legitim. Sie findet die Wortmeldung betreffend der Fraktion sehr schade, da es jetzt nicht dienlich ist.

Bgm. Mag. Öfner bittet in Anbetracht der Größe der Tagesordnung um eine Abstimmung. Betreffend der Rechtsperson handelt es sich um eine GmbH, in der sich die Verbände einbringen und die Anlage betreiben. Die Wortmeldung der Messstelle findet er eine gute Idee, die er weitertragen wird.

Antrag + Beschluss:

Der Errichtung der seitens des Abwasserverband Zirl u.U. geplanten Klärschlammverwertungsanlage auf dem Areal des ARA Zirl wird grundsätzlich zugestimmt. Voraussetzung ist die Einhaltung der vorliegenden Projektstudie vom Juni 2015, vor allem hinsichtlich Businessplan, Finanzierung und Emissionen. Im Falle einer positiven Beschlussfassung soll die Möglichkeit einer Luftgütemessstelle geprüft werden.

Abstimmungsergebnis: beschlossen

Ja:	19	Nein:	0	Enthaltung:	
-----	----	-------	---	-------------	--

Bgm. Mag. Öfner bedankt sich auch als Obmann des Abwasserverbandes für die Beschlussfassung.

zu 8 Beratung und Beschlussfassung betreffend der Mitfinanzierung des Projektes am Rangger Köpfl Vorlage: AL/645/2017

Bericht:

Ausschussobmann Pichler berichtet von der Thematik, zu welcher auch in der Vorperiode eine einstimmige Beschlussfassung in der Sitzung des Gemeinderates vom 24.09.2015 erfolgte.

In seinem Ausschuss erfolgte eine Präsentation von der Bgm von Oberperfuss Mag. Johanna Obojes-Rubatscher, Mag. Richard Rubatscher und Mag. Hubert Deutschmann (GF Bergbahn).

Die Thematik sollte grundsätzlich bekannt sein, trotzdem noch in aller Kürze die Eckdaten des Projektes. Erforderlich ist der Austausch des unteren Schlepplifts zwischen Stigleith und der Mittelstation (über 40 Jahre alt und könnte das heurige Jahr nicht mehr überdauern).

Geplant ist die Errichtung einer neuen Gondelbahn für diesen Streckenabschnitt, die Investitionskosten betragen € 4,4 Mio.

Finanzierungsplan sieht ua die Beteiligung der Umlandgemeinden iHv € 800.000,- vor; der Anteil für Zirl beläuft sich auf

- € 250.000,-, zahlbar
- entweder aufgeteilt auf 12 Jahre (€ 22.778,- p.a.) oder
- auf 15 Jahre bei gleichzeitig 2 Jahre späterem Tilgungsbeginn (€ 18.222,- p.a.).

Sein Ausschuss hat ausgiebig beraten und die Empfehlung an den Gemeinderat abgegeben dem vorliegenden Vorschlag nach finanzieller Beteiligung iHv € 250.000,- nicht zuzustimmen.

Bgm. Öfner fügt hinzu, dass Hubert Deutschmann heute anwesend ist. Für jeden ist das Anliegen nachvollziehbar und verständlich. Im Ausschuss hat es eine konstruktive Diskussion gegeben. Er erachtet den Modus, wie man zu Zusagen kommt, problematisch. Jeder Bgm. kommt dadurch in eine schwierige Situation, wenn er nicht zustimmt. Vielleicht gäbe es auch einen anderen Weg für ein Finanzierungskonzept. Er berichtet von der Meldung von LH Platter in der TT, dass keine fixen Zusagen seitens des Landes bestehen. Diese Mitteilung ist bis heute unwidersprochen. In Anbetracht der Budgetsituation von Zirl will er nicht zustimmen. Er erklärt, dass auch die anderen Gemeinden die Zustimmung von Bedingungen abhängig gemacht haben. Er geht auf die Bedingungen von Inzing ein. Heute werden noch weitere Probleme wie Kehrmachine Wegablösen, usw behandelt. Er geht auch auf das Budget von seinem Vorgänger ein. Solange diese großen Investitionen im Infrastrukturbereich nicht geschafft sind, ist es als Bgm nicht zu verantworten, dem heute vorliegenden Finanzierungskonzept zuzustimmen.

Er geht sodann auf das Schreiben der Bürgermeisterin von Oberperfuss ein.

Diskussion:

VBgm. Rangger erklärt, dass aus der Sicht der Fraktion Zirl Aktiv dies ein Naherholungsgebiet darstellt und die Finanzierung über 15 Jahre möglich ist. Sie ist der Meinung, dass man das

Schigebiet für die Zirler Kinder unterstützen sollte. Wenn dieses Projekt stirbt, dann stirbt auch das Schigebiet und wenn man bedenkt, dass es sich um knapp € 1.500,- im Monat handelt, wäre dies ein Entgegenkommen.

Ersatz-GR Reinhart erklärt, dass er grundsätzlich der Meinung zustimmt, es handelt sich um ein tolles Gebiet. Er berichtet von seinen persönl. Erfahrungen und den Bezugspunkten. Ihm blutet das Herz, wenn er bedenkt, dass bei einem freien Spielraum von ca € 50.000,- , plötzlich € 18.000 ,-- fehlen. Dies ist unverantwortlich, wenn man es sich nicht leisten kann und deshalb ist es auch fair, dass man dies sagt.

Ersatz-GR Witting erklärt, dass es eine Investition in die Zukunft ist. Es ist ein Projekt, das man unterstützen sollte. € 250.000,- ist hoch, aber wir sind auch die größte Gemeinde in der Umgebung, deswegen auch diese Bemessung vorgenommen wurde. Wenn man zB die Kirchenrenovierung mit € 400.000,- in einem Jahr hernimmt. Dies ist auch eine große Summe, aber sie wird aufgeteilt auf 15 Jahre. Daher ist es ihrer Meinung nach tilgbar. Insbesondere könnte man 2 Jahre tilgungsfrei sein, bis 2019 kann auch unser Budget anders aussehen.

GR Hammer wundert sich, da jeder Anwesende die Budgetsituation kennt. Hinsichtlich der klimatischen Situation erklärt sie, dass der Berg nieder ist und der Rangger Köpfl daher keine Zukunft hat. In den nächsten Jahren wird es keinen Schneeberg mehr geben. Sie geht auf die Projekte der Bergeralm ein, die den Sommerbetrieb aufnehmen, da der Winterbetrieb alleine sich nicht rentiert. Sie kennt auch zwei Klassen, die keinen Platz bekommen haben am Rangger Köpfl und daher nach Seefeld ausgewichen sind. Daher fragt sie sich, warum über einen Skibetrieb diskutiert wird, der nicht zukunftssträchtig ist.

GR Kaufmann erklärt, dass er den Vergleich der Kirchenrenovierung und der Schilifffinanzierung nicht als gut erachtet, denn es geht um die kulturelle Bedeutung im Ort, das hat natürlich einen ganz anderen Stellenwert. Er schließt sich der Meinung von Ersatz-GR Reinhart an. Ein Hausskiweg ist gut, wenn man diesen nach Möglichkeit unterstützt, aber aufgrund der jetzigen budgetären Situation ist es nicht möglich.

GR Stecher möchte nicht wiederholen. Er glaubt nicht, dass es keine Investition in die Zukunft ist, aber das Projekt ist veraltet. Heute ist Mountainbike, E-Mountainbike usw im Trend. Der Bereich der Tourengänger hat auch zugenommen. Seine Fraktion wird auch nicht zustimmen. Der Gemeinderat soll zudem über ein Projekt abstimmen, was nicht ein Projekt von Zirl ist. Es wird einfach ein Ultimatum gestellt, wenn wir nicht zustimmen, dann stirbt das Projekt. Bei der Finanzierungsbeteiligung von Inzing und Zirl handelt es sich um 9,6 Prozent der Gesamtsumme. Er glaubt an das Naherholungsgebiet. Wenn viele Zirler einen Beitrag leisten würden, dann wären das 30 Euro pro Zirler wenn man die € 250.000,- umlegt. Dies wäre ihr Zugang zu diesem Thema.

GR Gastl erklärt, dass sie grundsätzlich dieses Gebiet als erhaltenswert ansieht, aber die Gemeinde hat selber genug Baustellen wie zB den Zirler Sportplatz. Es sollte bei der eigenen Gemeinde die Prioritätenliste abgehakt werden, bevor man bei den Nachbargemeinden investiert.

VBgm. Zangerl-Walser erklärt, dass es ein tolles Projekt ist und die einzige Chance für das Rangger Köpfl. Sie findet es sehr schade und bedauerlich, dass aufgrund der derzeitigen finanziellen Situation die Gemeinde Zirl es sich nicht leisten kann. Das Geld ist nicht vorhanden. Sie fragt sich, wie man das erklären soll, wenn man bei uns schon so sparen muss, wie man das der Bevölkerung erklären soll. Die Entscheidung ist sehr schwer gefallen. Sie verweist auf die Wortmeldung von GR Gastl, dass selber einige Baustellen sind, deswegen muss man zuerst auf uns schauen. Sie teilt zudem auch die Meinung von GR Stecher.

GR Neurauter erklärt, dass er anhand der Diskussion entnehmen kann, dass es einstimmig abgelehnt werde. Er erklärt, dass hinsichtlich der Bedarfszuweisungen sehr viele nicht abgeholt wurden (€ 250.000,--); Das Projekt kostet uns so viel, wie die frei verfügbare Mittel des Bgm. Es handelt sich um 1 Prozent von den ungenehmigten Überschreitungen, was ihr nachbeschlossen habt. Er regt an, nicht zu viel nach zu denken, ob investiert wird oder nicht. € 20.000,-- wären gut investiert. Es handelt sich um ein gutes Projekt, das nicht so viel Geld für die Gemeinde Zirl kostet.

Antrag + Beschluss:

Dem vorliegenden Vorschlag der finanziellen Beteiligung in Höhe von € 250.000,- , dies entspricht einer jährlichen Budgetbelastung iHv € 22 278,--, beginnend mit dem Jahr 2017, wird nicht näher getreten.

Abstimmungsergebnis: beschlossen

Ja:	14	Nein:	5	Enthaltung:	
-----	----	-------	---	-------------	--

**zu 9 Beratung und Beschlussfassung betreffend der Umsetzung Gewerbepark Zirler Wiese
Vorlage: AL/662/2017**

Ersatz-GR Rudolphi verlässt um 20:24 Uhr den Raum.

Bericht:

Bgm. Mag. Öfner berichtet vom Aktenvermerk im Session Net, der den GR und Ersatz-GR für die Sitzung vorgelegen ist und der Problematik, dass durch den Rücktritt von GV Ing. Hütter ein Erledigungsengpass für die Umsetzung des Gewerbeparks Zirler Wiesen entstanden ist. Die Optionsverträge würden mit 31.05.2017 auslaufen, daher besteht eine zeitliche Dringlichkeit.

Es ergeht daher der Vorschlag an den Gemeinderat ihn zu ermächtigen, einen externen Berater für die Umsetzung des Gewerbeparks zu beauftragen. Er erklärt, dass er bis heute noch keinen konkreten Berater hat. Deswegen ersucht er dass er ermächtigt wird im Sinne des BVergG2006 einen Berater zu beauftragen. Auch möchte er die Variante einer GmbH Gründung andenken. Zu diesem Thema wird es aber bald einen Sondergemeinderat geben.

Diskussion:

VBgm. Rangger fragt nach, ob es möglich ist die Entscheidungsfindungen dem Gemeindevorstand zu übertragen. Dieser kann in relativ kurzer Zeit tagen. Sie fragt nach dem aktuellen Stand, da ihre Fraktion nicht informiert ist. Sie verweist auch darauf, dass Josef Gspan mit dieser Angelegenheit betraut ist.

Ersatz-GR Rudolphi betritt um 20:26 Uhr wieder den Raum.

GR Gastl verlässt um 20:27 Uhr den Raum.

Bgm. Mag. Öfner erklärt, dass er mit Notar Dr. Glasner letzte Woche einen Termin gehabt hat, dieser die Abwicklung aber nicht machen kann. Er selbst braucht aber Unterstützung.

VBgm Rangger geht auf den Budgetposten und auf die Erforderlichkeit eines Dienstvertrages ein.

Bgm. Mag. Öfner erklärt, dass dies nicht zwingend erforderlich ist.

VBgm. Rangger erklärt, dass die Transparenz wichtig ist und deshalb der Vorschlag mit der Übertragung an den Gemeindevorstand.

GR Neurauder erklärt, dass Dr. Glasner den Auftrag hat, die Optionsverträge vorzubereiten, was schon wichtig ist. Er verweist darauf, dass seine Fraktion eineinhalb Jahre keine Informationen erhalten hatte, wer hat verhandelt, was ist verhandelt, welche Unterschriften sind eingelangt, wie wird die Zukunft gesehen, es gibt keine Ideen, keine Informationen. Wenn der Gemeinderat nicht weiß, was der Bgm will, dann sollte zuerst diskutiert und dann vergeben werden. Er geht auf die Gründung einer GmbH ein, die von der Fraktion Für Zirl in der Vergangenheit immer abgelehnt wurde.

GR Gastl betritt um 20:29 Uhr wieder den Raum.

Ersatz-GR Reinhart erklärt, dass Ende Mai die Optionsverträge auslaufen, er bezweifelt dass dies im Vorstand in zehn Tagen passiert. Ein zeitlicher Druck ist nicht gut.

GR Neurauder erklärt, dass man dies auch in den letzten Monaten hätte sehen müssen, es gibt schließlich auch die Möglichkeit, eine Verlängerung zu erwirken. Er weiß, dass Firmen da sind, die keine Informationen der Gemeinde nach Anfragen erhalten haben.

Bgm. Mag. Öfner erklärt, dass die Dinge nicht richtiger werden, wenn man sie öfter wiederholt, er hat schon mehrmals im Gemeindevorstand und im Gemeinderat berichtet, dass jetzt Optionsverträge geschlossen worden sind.

Keine Information an den Gemeinderat ist unrichtig, die heutige Angelegenheit hat ausschließlich mit dem plötzlichen Ausscheiden von Ing. Hütter zu tun. Er erzählt vom Termin beim Bgm. von Mils und dass er dort umfangreiche Informationen erhalten hatte, wie es gehen könnte. Es braucht dazu aber eine gewisse Handlungsfähigkeit.

GR Neurauder erklärt, dass man die Auftragsvergabe, Verträge mit den Gst Käufern abzuschließen inhaltlich schon machen kann, aber die Bedingungen müssen festgelegt werden. Es sollte aber der richtige Weg eingehalten werden. Man sollte weiter denken, damit verwertbare Grundstücke bestehen. Diesbezüglich hat seine Fraktion keine Informationen erhalten. GR Ing. Wolfgang Hütter ist seinem Wissen nach, nach wie vor greifbar, dieser könnte sein Wissen präsentieren, das Ergebnis haben wir ja noch nie gesehen.

GR Stolze schlägt einen Zirler vor, der dies weiterentwickeln kann. Nach wie vor ist er von diesem überzeugt. Er fragt nach der budgetären Größenordnung.

Bgm. Mag. Öfner erklärt, dass er sagen kann, dass er im Gespräch in Mils erklärt bekommen hat, dass eine monatliche Abrechnung zwischen € 2000,-- und € 3000,-- zu erwarten wären. In Zirl kann man damit rechnen, dass dies am Beginn sein kann, aber nicht danach. Die Hälfte der Grundeigentümer wollen nicht verkaufen, es geht um Verwertungsverträge. Die andere Seite ist, dass wir Optionsverträge ziehen müssen. Er kann dies aber nicht in einer öff. Sitzung kundtun, da dies vereinbart ist. Die Akkutphasen sind die nächsten zwei Monate. Ende Mai müssen wir die Optionsverträge ziehen. Er weiß, dass dies ein ungewöhnlicher Beschluss ist, er braucht aber einen Handlungsspielraum.

GR Neurauder erkennt die Sinnhaftigkeit nicht. Es ist wichtig, dass man in kurzer Zeit Gespräche führt, um Optionsverträge zu verlängern. Auch bei dem externen Berater braucht es einen Handlungsspielraum.

Bgm. Mag. Öfner will dies nicht kommentieren, er kann nur sagen, dass es in kurzer Zeit einen Sondergemeinderat geben wird.

GR Neurauder fragt nach dem Geheimnisvollen, dass man im vertraulichen Teil berichten muss.

Es folgt eine sehr regsame Diskussion im Gemeinderat zwischen VBgm Rangger und Bgm Mag. Öfner. Anschließend wird im gesamten Gemeinderat sehr rege diskutiert.

GR Stolze ersucht den Gemeinderat, dass professionell beraten werden soll. Die Umsetzung des Gewerbegebietes ist wichtig, es gibt mehrere Firmen die was entwickeln wollen. Er ersucht darum einen externen Berater hinzuzuziehen..

Antrag + Beschluss:

**Der Bürgermeister der Marktgemeinde Zirl wird ermächtigt, unter Anwendung des BVergG 2006 die Dienstleistung der externen Beratung für die Umsetzung des Gewerbe-
beparks Zirler Wiesen bis zum Schwellenwert direkt zu vergeben.**

**Er wird zudem ermächtigt, die Umsetzung und Gründungsvorbereitung durch Auslage-
rung in eine GmbH zu prüfen und die Vorarbeiten für eine GmbH-Gründung in die Wege
zu leiten (Ein allfälliger Gesellschaftervertrag wird dem Gemeinderat vorgelegt werden).**

Abstimmungsergebnis: beschlossen

Ja:	14	Nein:	5	Enthaltung:	
-----	----	-------	---	-------------	--

**zu 10 Finanzierung der Außerordentlichen Vorhaben 2017, Einholung von Darle-
hensangeboten
Vorlage: FIN/054/2016**

Bericht:

Ausschussobmann Peter Pichler berichtet, dass in seinem Ausschuss darüber beraten wurde, welche Darlehen von den im Voranschlag 2017 vorgesehenen Darlehensaufnahmen vorrangig aufgenommen werden sollen. Eine Aufstellung diesbezüglich vom Finanzverwalter Josef Gritsch liegt vor. Weiters wird auf das Schreiben der Gemeindeaufsicht vom Dezember 2016 verwiesen, wo für die MG nur mehr ein Betrag von rund € 54.000,- für weitere Schuldendienstzahlungen verbleibt (entspricht einer Darlehenshöhe von € 500.000,- bis € 600.000,-). Die Gemeindeaufsicht schreibt wörtlich, dass Darlehensgenehmigungen über diesen Betrag nicht mehr genehmigt werden können.

Sein Ausschuss hat die Empfehlung an den Gemeinderat abgegeben, die Aufnahme des im Voranschlag vorgesehenen Darlehens iHv € 400.000,- für die Kirchenrenovierung aufzunehmen. Außerdem soll der Bürgermeister ermächtigt werden, Darlehensangebote für das ebenfalls als dringlich erkannte Darlehen zur Errichtung des Kindergartens im B4 einzuholen.

Betreffend die übrigen Vorhaben erfolgt die Finanzierung im Wesentlichen durch bislang nicht ausgenützte Darlehen bzw. Umwidmungen von Verwendungszwecken.

zB im Bereich der Kommunalbauten, Barrierefreiheit und Sanierung (€ 110.000,-):

Von den im Vorjahr genehmigten Darlehen für Kommunalbauten wurde € 50.000,- noch nicht ausgenützt, diese können verwendet werden, es gibt darüber hinaus noch eine Bedarfszuweisung von € 90.000,-.

Erschließung Gewerbegebiet Zirler Wiesen (€ 140.000,-):

Von dem bereits genehmigten Darlehen für die Erschließung Gewerbegebiet Europastraße wurden € 140.000,- noch nicht ausgenützt und müssen – so überhaupt möglich - umgewidmet werden.

Breitbandausbau (100.000,-):

Hier wird mit Förderungen gerechnet, bis zur Höhe der fixen Förderungszusagen sollen laut der Finanzverwaltung Bauarbeiten getätigt werden. Dazu kommen rund € 75.000,- an bisher nicht ausgenützten Darlehen.

Straßenbau / Instandhaltung (€ 400.000,-):

Es gibt eine Zusage für Bedarfszuweisungen in Höhe von € 200.000,-; diese Mittel können verwendet werden, weitere Maßnahmen erst, wenn eine neue Finanzlagenberechnung freie Mittel identifiziert

Bgm. Mag. Öfner fügt hinzu, dass die Beschlussfassung betreffend der Kirchenrenovierung lautet, dass grundsätzlich nur maximal ein Drittel zur Verfügung gestellt werden soll. Dieses Drittel ergibt nicht € 400.000,-. Deswegen wird auch nur maximal ein Drittel aufgenommen werden.

Diskussion:

Keine Wortmeldungen.

Antrag + Beschluss:

Es sollen Angebote für das im Budgetvoranschlag vorgesehenen Darlehen zur Kirchenrenovierung in Höhe von € 330.000,- eingeholt werden. Weiters soll der Bürgermeister ermächtigt werden, Darlehensangebote für das budgetierte Darlehen zur Errichtung des Kindergartens im B4 in Höhe von € 280.000,- einzuholen. Die Angebote werden dem Gemeinderat sodann vorgelegt.

Abstimmungsergebnis: beschlossen

Ja:	19	Nein:	0	Enthaltung:	
-----	----	-------	---	-------------	--

**zu 11 Festsetzung der Tarife betreffend die Verrechnung von nicht kostenfreien Leistungen der Feuerwehr
Vorlage: FIN/070/2017**

Ersatz-GR Reinhart verlässt um 20:49 Uhr den Raum.

Bericht:

Ausschussobmann Peter Pichler erklärt, dass ein Beschluss erforderlich ist, die aktuelle Tarifordnung des Österreichischen Feuerwehrverbandes anzuwenden. Es geht darum, dass Leistungen, die nicht explizit kostenfrei sind, nach dieser Tarifordnung (Stand 2017) verrechnet werden.

Sein Ausschuss hat die Empfehlung an den Gemeinderat abgegeben, diese Tarifordnung für nicht kostenfreie Leistungen von Feuerwehrgeräten und Leistungen gemäß gültiger Tarifordnung des Österreichischen Feuerwehrverbandes anzuwenden.

Diskussion:

Keine Wortmeldungen.

Antrag + Beschluss:

Nicht kostenfreie Einsatzleistungen sowie Beistellungen und Benutzungen von Feuerwehrgeräten der Freiwilligen Feuerwehr Zirl werden gemäß gültiger Tarifordnung des Österreichischen Feuerwehrverbandes 2017 verrechnet.

Abstimmungsergebnis: beschlossen

Ja:	18	Nein:	0	Enthaltung:	
-----	----	-------	---	-------------	--

**zu 12 Beratung und Beschlussfassung über die Neuanschaffung einer Kehrmaschine für die Marktgemeinde Zirl
Vorlage: INFR/153/2017**

Ersatz-GR Reinhart betritt um 20:51Uhr den Raum.

Bericht:

Ausschussobmann Peter Pichler verweist auf den Aktenvermerk von Ing. Walter Würtenberger.

Die derzeit verwendete Kehrmaschine ist fast 20 Jahre alt und seit einigen Jahren sehr reparaturanfällig – inzwischen immerhin 8.000 Betriebsstunden im Einsatz.

Der Austausch wurde erstmals im Jahr 2015 beantragt und bislang nicht umgesetzt, auch wurde er nicht budgetiert.

Im Februar war zwei Wochen lang eine Vorführmaschine im Einsatz, diese Maschine wird uns von Fa. Aebi Schmidt zum Kauf angeboten:

Eckdaten:

SCHMIDT-Kompaktkehrmaschine SWINGO 200+

Zulässiges Gesamtgewicht: 4.500 kg

Leistung: 55 kW / Fahrstufen 0 – 62 km/h

Bruttovolumen: 2,0 m³

Kaufpreis: € 94.200,-- brutto

abzgl. Rücknahme Altgerät: € - 5.400,-- brutto

Finanzierungsbedarf somit: € 88.800,--

2 Leasingvarianten angeboten:

- mit Einbringung Eigenleistung iHv € 18.840,-- = €950,-- brutto p.m. (84 Mte.)
- ohne Eigenleistung = € 1.187,50 brutto (84 Monate)

Budgetbelastung 2017 bei Variante mit Eigenleistung:

Budgetbelastung heuer € 27.390,-- (9 Raten und Anzahlung).

Es gibt zwar keine Position für Neuanschaffung, jedoch € 8.000,- für Reparaturen. Davon könnten € 5.000,- eingespart werden, zusammen mit der Rücknahme des Altgeräts iHv € 5.400,-- ist ein Teil der heurigen Belastung finanziert (€ 10.400,-) von € 27.390,-. Dafür ist die jährliche Budgetbelastung geringer und beträgt € 2.850,-. Die fehlenden rund € 17.000, müssen durch Einsparungen bei anderen Budgetpositionen aufgebracht werden.

In seinem Ausschuss wurde die Empfehlung abgegeben, ein Zweitangebot einzuholen.

Dieses Zweitangebot der Firma Stangl liegt mittlerweile vor und beläuft sich auf

€ 153.739,60 abzgl. Rücknahme Altgerät iHv € 30.000,- = € 123.739,60.

Aebi:

SWINGO 200+

Leistung: 55 kW

Fahrstufen: 0 – 50 km/h

Volumen: 2 m³

zul. Ges.-Gewicht: 4.500 kg

Stangl:

Hako Citymaster 2200 Euro 6

Leistung: 80 kW

Fahrstufen: 0 – 62 km/h

Volumen: 2,2 m³

zul. Ges.-Gewicht: 6.000 kg

Zu beschließen ist daher, ob einerseits die Kehrmaschine angeschafft werden soll und welche Finanzierungsvariante man übernimmt.

Bgm. Mag. Öfner ergänzt, dass ein Teil durch den Überschuss finanziert werden kann.

Diskussion:

VBgm. Rangger fragt nach der Lebensdauer einer Kehrmaschine.

Es wird allgemein beantwortet, dass es ca. 20 Jahre sind.

GR Albrecht fragt, ob die teurere Maschine mehr Arbeitserleichterungen schaffen könnte.

Ausschussobmann Pichler erklärt, dass die teurere im Grunde das gleich wie die andere kann, er geht sodann auf die Leistungsbeschreibung ein. Er hat mit Matthias Wild gesprochen und ist die Angebote mit ihm gemeinsam durchgegangen.

GR Hammer verweist auf die Einsparungen die man durch den Erwerb aufgrund der besseren Leistung der Maschine hat.

Ersatz-GR Reinhart erklärt, dass aufgrund der Ausschussempfehlung ein zweites Angebot eingeholt wurde, man kann somit mit Recht sagen, dass das Angebot Aebi das Bestbieterangebot darstellt, deswegen sollte man dieses annehmen.

Antrag + Beschluss:

Dem Angebot der Firma Aebi Schmidt Austria GmbH für eine Vorführmaschine iHv € 94.200,- brutto soll näher getreten werden. Bei der Vergabe handelt es sich um eine entsprechend marktgeprüfte Direktvergabe im Sinne des BVergG 2006. Die Finanzierung soll wie durch den Aktenvermerk des Finanzverwalters Gritschveranschaulicht, erfolgen.

Variante Erbringung Eigenleistung erfolgen.

Abstimmungsergebnis: beschlossen

Ja:	19	Nein:	0	Enthaltung:	
-----	----	-------	---	-------------	--

Die Sitzung wird um 20:58 Uhr unterbrochen und um 21:16 Uhr fortgesetzt.

**zu 13 Beratung und Beschlussfassung betreffend der weiteren Vorgehensweise
Bürgerservice alt
Vorlage: AL/646/2017**

Bericht:

Ausschussobmann Pichler erklärt, dass in seinem Ausschuss darüber beraten wurde, was mit dem alten, nicht mehr benötigten Bürgerservice in der Max-Passage passieren soll, da es nicht mehr benötigt wird.

Nach einer intensiven Diskussion wurde die Empfehlung abgegeben, dass der Bürgermeister bevollmächtigt werden soll, Varianten für Verkauf oder Vermietung zu prüfen und dem GR entsprechende Angebote vorzulegen wobei die Wahrung der Gewährleistungsansprüche sicher zu stellen ist.

Diskussion:

VBgm Rangger fragt nach ob die Sitzungen jetzt im Trauungssaal dauerhaft stattfinden.

Bgm. Mag. Öfner erklärt, dass der Trauungssaal ein großes Sitzungszimmer darstellt und die Sitzungen daher entweder da oder im B4 im kleinen Saal stattfinden werden. Die beiden Büros des ehemaligen Standesamts werden zu Büros adaptiert. Sein Besprechungszimmer und das Besprechungszimmer im Bauamt kann dann für Klubsitzungen verwendet werden.

VBgm. Rangger fragt nach, ob es einen Plan gibt, wie nachbesetzt wird, vor allem im Bauamt und ob dies bei langfristigen Planungen miteinbezogen wird.

Bgm. Mag. Öfner bittet darum, die Bauamtsthematik im vertraulichen Teil zu behandeln. In der derzeitigen Besetzung versucht man durchzukommen. Es stellt sich daher künftig die Frage, ob das mit der derzeitigen Besetzung geht. Wenn das funktioniert, haben wir Räume zur Genüge. Derzeit gibt es etliche Einzelbüros, die auch als 2er Büros umdatiert werden können. Wenn es eine Zusatzbesetzung geben sollte, geht er davon aus, dass man dies von den Räumlichkeiten her bewältigen kann.

GR Kapferer erklärt zum Thema Bürgerservice, dass er damals bei der Beschlussfassung dabei war, seine Fraktion war dagegen, diesen Kauf zu tätigen. Jetzt hat sich herausgestellt, dass die Gemeinde dies nicht nutzen kann. Dies findet er schade, es sollte kostenneutral stattfinden können, vor allem geht er auf die Möglichkeiten der Rückabwicklung bzw des Rückkaufes ein. Man hat nicht das bekommen, was man bestellt hat, deswegen ist es rückzuführen.

VBgm Zangerl-Walser erklärt, dass es einen Vertrag gibt und ein Sachverständigengutachten, dass da da sehr viele Mängel sind, die teilweise nicht mehr behebbar sind. Es muss ein Verjährungsverzicht vor Ablauf der Frist getätigt werden, dies so schnell wie möglich.

GR Gastl fragt nach, ob der Raum überhaupt vermietbar ist, aufgrund der festgestellten Mängel.

Bgm. Mag. Öfner erklärt, dass Adaptierungen notwendig sind, es geht heute darum, vom Gemeinderat zu erfahren, was mit den Räumlichkeiten passieren soll. Er benötigt diesen Grundsatzbeschluss damit weiter gehandelt werden kann.

GR Stolze verweist explizit auf das Wort Bürgerservice. Er stellt daher den Änderungsantrag auf Rückabwicklung. Als Zwischennutzung könnte er sich vorstellen, dass das Museum dort Sonderausstellungen durchführen kann.

VBgm.Rangger erklärt, dass man es schon vermieten kann. Sie fragt nach dem Gutachten. Grundsätzlich erachtet sie, dass es schon vermietbar ist, die Rückabwicklung ist zu prüfen, dann kann man es zum Verkauf anbieten, dass es nicht vermietbar ist, dies stimmt nicht.

GR Hammer erklärt, dass es budgetär gut wäre, wenn durch den Verkauf wieder Geld der Gemeinde zufließt. Im Museumsverein ist es für die Zwischennutzung als nicht geeignet erachtet worden.

GR Neutrauter fragt nach, ob direkter Kontakt zu den Verkäufern besteht und er fragt nach, ob mit diesen Gespräche geführt wurden.

Bgm. Mag. Öfner erklärt, dass er nicht wegen einer Rückabwicklung Gespräche geführt hat, aber er mit Herrn Ing. Unterluggauer in Kontakt zu den Räumlichkeiten steht. Er hat mit ihm Varianten diskutiert, aber nicht die Rückabwicklung.

VBgm. Zangerl-Walser erklärt, dass wenn wir verkaufen würden und die Mängel nicht beheben, möchte sie nicht, dass die Gemeinde dafür zahlen muss.

Ersatz-GR Reinhart erklärt, ob Rückabwicklung oder Rückkauf ist nicht entscheidend, wichtig ist nur, dass für die Gemeinde was rauskommt. Er denkt schon, dass man dem Bgm das Mandat dafür geben kann. Die zeitliche Schiene ist da auch ein Thema.

GR Neutrauter erklärt, dass für das Verhandlungsmandat nichts dagegen spricht, aber vor einem allfälligen Vertragsabschluss sollte der Gemeinderat befasst werden.

VBgm. Zangerl-Walser erklärt, wenn der Verkauf nicht abgewickelt werden kann muss die Bedingung sein, dass man den Vertrag rückabwickeln lassen kann.

Bgm. Mag. Öfner fragt nach ob die Verkauf oder Vermietvariante geprüft werden soll.

Es wird allgemein beantwortet, dass nur eine Verkaufvariante beschlossen werden soll.

Antrag + Beschluss:

Der Bürgermeister der Marktgemeinde Zirl wird bevollmächtigt, Varianten für den Verkauf des alten Bürgerservices in der Schwabstraße 4 zu prüfen und dem Gemeinderat dann entsprechende Angebote bzw Ausschreibungskriterien vorzulegen. Die Wahrung der Gewährleistungsansprüche ist sicher zu stellen.

Abstimmungsergebnis: beschlossen

Ja:	19	Nein:	0	Enthaltung:	
-----	----	-------	---	-------------	--

**zu 14 Beratung und Beschlussfassung über die Angelegenheit Weineckstraße
Vorlage: AV/532/2015**

Bericht:

Ausschussobmann Kapferer erklärt, dass diese Angelegenheit schon länger behandelt wird. In der Vorperiode hat es ein Angebot an die Besitzer gegeben, dass man erwerben will. In seinem Ausschuss wurde kritisch gesehen, dass man nicht entgeltlich erwerben will, sondern durch die Übernahme der Räumdienste die Ablöse gedeckt ist. Er geht auf die Erläuterungen des hinzugezogenen Rechtsanwaltes Dr. Ruetz und dessen Stellungnahme in Bezug auf die verpflichtenden Ablöseverhandlungen ein.

Zusammenfassend hatte der Rechtsanwalt hervorgehoben, dass es keine rechtsverbindliche Verpflichtung gibt, diese Grundstücke kostenpflichtig abzulösen, da kein gültiger Gemeinderatsbeschluss vorliegt.

Bgm. Mag. Öfner fügt hinzu, dass es eine heikle Situation ist, da mit den Eigentümern konstruktive Gespräche geführt wurden. Es gibt aber kein rechtlich bindendes Angebot. Der Zustand der Begegnungszone ist ein unhaltbarer. Die Umsetzung wird auch Geld kosten. Es sollte eine generelle Lösung mit Wegablösen beschlossen werden.

Diskussion:

Es wird über den fehlenden Gemeinderatsbeschluss sowie das Schreiben, das in der Vergangenheit an die Grundeigentümer erfolgt ist, diskutiert.

Antrag + Beschluss:

Dem Wunsch einer entgeltlichen Wegablöse der Weineckstraße wie den Grundeigentümern angeboten sollte nicht näher getreten werden.

Einer kostenlosen Abtretung wird zugestimmt.

Die Vorteile der Schneeräumung durch die Gemeinde, die Haftungsübernahme und die Müllabfuhr, sowie der Verkehrserschließung (Asphaltierung, Entwässerung, Versorgung mit LWL und Straßenbeleuchtung) sollten deutlich dargestellt werden. Den Grundeigentümern soll das Angebot der unentgeltlichen Ablöse gemacht werden.

Abstimmungsergebnis: beschlossen

Ja:	19	Nein:	0	Enthaltung:	
-----	----	-------	---	-------------	--

**zu 15 Beratung und Beschlussfassung betreffend Kurzparkzone Wiesenweg
Vorlage: INFR/147/2017**

Bericht:

Ausschussobmann Kapferer berichtet über das Erfordernis im Bereich des Wiesenweges eine Kurzparkzone zu beschließen. Es handelt sich um vier Parkplätze. Dies wurde in seinem Ausschuss auch positiv empfohlen.

Die Kurzparkzone sollte wie folgt festgelegt werden:

Mo – Fr, 07:00 – 18:00 Uhr ausgenommen Sa, So und Feiertage.

Parkdauer: 90 min.

Diskussion:

GR Stolze erklärt, dass er wieder das Thema der Parkraumbewirtschaftung ansprechen will, er hat eine Idee betreffend einer Firma, die Parkraumbewirtschaftungskonzepte anbietet. Es gäbe die Möglichkeit als Pilotgemeinde einzusteigen. „Wie kann Parkraumbewirtschaftung im innerstädtlichen Bereich funktionieren?“ Das Pilotprojekt könnte mit der Industrie durchgeführt werden. Die jetzige Parkraumkontrolle kostet die Gemeinde im Jahr € 20.000,--.

GR Peter Pichler verlässt um 21:36 Uhr den Raum.

Bgm. Mag. Öfner erkundigt sich nach der Idee.

Es wird über die Idee allgemein diskutiert.

GR Hammer findet es eine gute Lösung, aber es sollte zuerst die Kurzparkzone beschlossen werden und dann angedacht werden. Für das Budget findet sie es gut.

VBgm. Rangger erklärt, dass es ein Verkehrskonzept benötigt, ein Gesamtkonzept benötigt, wenn ein Partner die Parkraumbewirtschaftung anschauen soll. Es sollte aber die Kurzparkzone beschlossen werden, die Abhol- und Bringzone der VS sollte mitbeschlossen werden.

GR Peter Pichler betritt um 21: 39 Uhr wieder den Raum.

VBgm. Zangerl-Walser erklärt, dass ihre Fraktion schon länger den Antrag eines Verkehrskonzeptes bzw Mobilitätskonzept gestellt hat, der schon im Amt eingebracht wurde.

Bgm. Mag. Öfner bittet um Abstimmung.

Antrag + Beschluss:

Es wird folgende Kurzparkzonenregelung am Wiesenweg beschlossen:

Mo – Fr, 07:00 – 18:00 Uhr, ausgenommen Sa., So. und Feiertagen

Parkdauer: 90 min

Abstimmungsergebnis: beschlossen

Ja:	19	Nein:	0	Enthaltung:	
-----	----	-------	---	-------------	--

zu 16 Beratung und Beschlussfassung betreffend dem Antrag auf Errichtung einer verkehrsberuhigenden Zone am Freiongweg

Vorlage: INFR/152/2017

Bericht:

Ausschussobmann Kapferer berichtet über den Antrag der Interessensgemeinschaft Freiongweg. Es geht darum, dass es eine Petition der Anrainer gibt, dass eine verkehrsberuhigende Zone am Freiongweg eingerichtet werden sollte. Hintergrund ist, dass es ein Straßenbauprojekt gibt, das rechtskräftig ist. Es wurde in seinem Ausschuss darüber diskutiert Es ergeht daher die Empfehlung an den Gemeinderat dem Antrag nicht näher zu treten.

Diskussion:

VBgm Zangerl-Walser geht auf den Antrag ihrer Fraktion betreffend dem Verkehrskonzept /Mobilitätskonzept ein.

Ersatz-GR Thomaser findet ein Mobilitätskonzept unabdingbar. Sie geht auf die verkehrsberuhigten Zonen ein und dass sie es begrüßt, wenn es verkehrsberuhigte Zonen gibt.

Bgm. Mag. Öfner sieht grundsätzlich kein Problem von verkehrsberuhigten Zonen, aber im speziellen Fall schon. Er verweist auf den nächsten Tagesordnungspunkt und geht auf das Straßenbauprojekt ein, welches bis zum Höchstgericht durchprozessiert und rechtskräftig genehmigt wurde.

Rege Unterbrechung durch eine ZuhörerIn. Bgm. Mag. Öfner ermahnt die ZuhörerIn, dass es nicht gestattet ist, Wortmeldungen abzugeben.

Er fährt sodann fort, dass das Projekt zum Großteil schon umgesetzt wurde.

Es erfolgt abermals eine Unterbrechung durch eine ZuhörerIn. Diese ruft aus, dass das nicht stimmt und der Gemeinderat angelogen wird.

Bgm. Mag. Öfner ermahnt die ZuhörerIn ein weiteres Mal und fährt mit seiner Erklärung fort.

Mitten in der Projektumsetzung zu wechseln erachtet er als nicht sinnvoll.

Es erfolgt abermals eine Unterbrechung durch Zuhörer, der Bgm bittet um Ruhe im Saal.

GR Gastl erklärt, dass sie das Schreiben von RA Tanzer gelesen hat, sie kann nicht nachvollziehen, warum da so eine breite Straße entstehen soll. Es sind in diesem Bereich Kinder. Ihre Fraktion hat in der Vergangenheit einmal angesucht, dass man dort was machen soll. In dieser Gegend eine so breite Straße zu errichten, erachtet sie als Wahnsinn.

GR Neuraüter fragt nach, welcher Teil des Projektes beim Höchstgericht war. Er fragt auch nach dem Enteignungsverfahren.

Bgm. Mag. Öfner erklärt den Vorgang eines Enteignungsverfahrens. Er geht auf die rechtskräftige Entscheidung ein.

Bgm. Mag. Öfner ermahnt wiederum eine ZuhörerIn, dass keine Wortmeldung erlaubt ist.

Er fährt fort und erklärt das Enteignungsverfahren und das Gebiet, das betroffen ist. Grundsätzlich kann man über viel sprechen, aber dieses Projekt bei der Hälfte zu stoppen, ist nicht sinnvoll.

GR Neuraüter fragt nach der Anrufung an den VwGH.

Bgm. Mag. Öfner erklärt, dass das gesamte Projekt rechtskräftig entschieden ist.

Eine ZuhörerIn widerspricht lautstark und bezeichnet Thomas Öfner als Lügner und erklärt, dass Öfner mit Unterluggauer wegen des Gst seiner Tante „packelt“.

Bgm. Mag. Öfner erklärt, dass keine ZuhörerInmeldungen in der GR Sitzung erlaubt sind.

Es wird sodann über die Definition der Strecke diskutiert und welches Projekt beim Höchstgericht war.

GR Stecher verlässt um 21:47 Uhr den Raum.

GR Neuraüter erklärt, dass er den Akt nicht kennt, deswegen fragt er nach.

GR Stolze erklärt, dass grundsätzlich das Thema der konkreten Verfahrensmängel im Raum steht und dass es Probleme beim Gemeinderatsbeschluss für das Enteignungsverfahren gegeben hat. Er hat versucht dies beim Landesvolksanwalt zu hinterfragen.

GR Stecher betritt um 21:48 Uhr wieder den Raum.

Ersatz-GR Thomaser fragt sich, ob man darauf beharren muss oder ob man das ändern kann. Das Projekt kostet zudem Unsummen an Geld. Sie fragt nach, ob man dies auf Biegen und Brechen durchziehen muss oder lieber auf ein Gesamtkonzept abwartet. Sie sieht die Dringlichkeit nicht, die Straße ist seit zwei Jahren gesperrt.

Bgm. Mag. Öffner erklärt, dass es einen Gemeinderatsbeschluss gibt, dieses Projekt zu machen. Es ist rechtskräftig entschieden. Es macht keinen Sinn, in diesem speziellen Fall darüber zu diskutieren.

GR Thomaser erklärt, dass für sie eine andere Vorgehensweise Sinn macht.

Antrag + Beschluss:

Dem Antrag um Errichtung einer verkehrsberuhigten Zone im Freiongweg wird nicht nachgekommen.

Abstimmungsergebnis: beschlossen

Ja:	12	Nein:	7	Enthaltung:	
-----	----	-------	---	-------------	--

**zu 17 Nochmalige Beratung und Beschlussfassung betreffend dem Straßenbauprojekt Freiongweg
Vorlage: INFR/158/2017**

Bericht:

Bgm. Mag. Öffner berichtet, dass er aufgrund der Beschlussfassung zu Tagesordnungspunkt 16 den Tagesordnungspunkt 17 von der Tagesordnung nehmen will.

Dies wird lautstark von Zuhörern und Gemeinderäten dementiert.

Bgm. Mag. Öffner bittet Ausschussobmann Kapferer kurz über diesen Punkt zu berichten.

Ausschussobmann Kapferer berichtet sodann über den Antrag und das Schreiben des Rechtsvertreters Mag. Tanzer von Frau Müller betreffend dem Straßenbauprojekt Freiongweg. Das Projekt ist schon rechtskräftig vom Amt der Tiroler Landesregierung genehmigt. Der Ausschuss hat empfohlen, dass das bereits genehmigte Projekt auf jeden Fall umgesetzt werden sollte.

Die Empfehlung an den GR lautet daher nicht gegen dieses Projekt zu stimmen.

Bgm. Mag. Öffner fügt hinzu, dass aufgrund der Beschlussfassung in TO-Pkt 16 die Beschlussfassung hinfällig ist und daher nicht mehr abgestimmt werden muss.

Eine ZuhörerIn widerspricht lautstark.
Im Sitzungssaal wird rege diskutiert.

Bgm. Mag. Öffner unterbricht die Sitzung um 21:58 Uhr.

Die Sitzung wird um 22:05 Uhr fortgesetzt.

Bgm. Mag. Öffner verweist die Zuhörer auf § 39 Abs 4 TGO 2001, dass er bei der nächsten störenden Handlung den Zuhörerraum räumen lässt.

GR Stolze fragt nach, ob man über diesen Punkt überhaupt abstimmen muss.

Bgm. Mag. Öfner erklärt, Tagesordnungspunkt 17 von der Tagesordnung zu nehmen.

zu 18 Beratung und Beschlussfassung über eine Neuregelung der Parksituation der NMS, SPZ, VS und Fambozi
Vorlage: INFR/154/2017

Bericht:

Ausschussobmann Kapferer berichtet von den Beratungen in seinem Ausschuss zu diesem Tagesordnungspunkt. Es ist nach den Erkenntnissen erforderlich auf der Straße ein Halten und Parken zu verordnen.

Diskussion:

Es wird über die Beschlussfassung diskutiert.

Antrag + Beschluss:

An der Mauer zur Liegenschaft Krippenweg 1 soll eine Halte- und Parkverbot Tafel angebracht werden. Sofern rechtlich möglich soll eine Zusatztafel mit dem Hinweis „Ausgenommen Feuerwehrberechtigte“ aufgestellt werden.

Abstimmungsergebnis: beschlossen

Ja:	19	Nein:	0	Enthaltung:	
-----	----	-------	---	-------------	--

Ausschussobmann Kapferer berichtet sodann wiederum von den Beratungen in seinem Ausschuss. Beim nächsten Beschluss handelt es sich um die Parkplätze bei der Volksschule.

Diskussion:

Ersatz-GR Pichler Iris erklärt, dass der Gehsteig genutzt wird, es weiß nur bis jetzt noch keiner.

Antrag + Beschluss:

An der Volksschule Zirl sollen am südlichen Bereich des Gartens 8 Parkplätze für Lehrer und 5 Parkplätze für Schülertransport in der Kurzparkzone ausgewiesen werden mit dem Zusatz, dass Parkkarten für die Lehrer vergeben werden.

Abstimmungsergebnis: beschlossen

Ja:	19	Nein:	0	Enthaltung:	
-----	----	-------	---	-------------	--

Ausschussobmann Kapferer berichtet wiederum von den Beratungen in seinem Ausschuss. Es handelt sich um die NMS und das SPZ.

Diskussion:

GR Plattner weist daraufhin dass dies ausgeschildert werden muss.

Antrag + Beschluss:

Bei der NMS und am SPZ soll ein Hinweisschild am Parkplatz mit folgendem Inhalt angebracht werden: „Reserviert für Lehrer an Schultagen von 07:00 – 17:00 Uhr.“

Abstimmungsergebnis: beschlossen

Ja:	19	Nein:	0	Enthaltung:	
-----	----	-------	---	-------------	--

zu 19 Beratung und Beschlussfassung betreffend dem Grundtausch der Gst 437 und 2882/1
Vorlage: INFR/156/2017

Bericht:

Ausschussobmann Kapferer berichtet vom Aktenvermerk von Ing. Würtenberger und den Korrespondenzen mit Peter Schneider betreffend dem Grundtausch östlich des Bauhofes. Es soll das Naturmaß wie am Plan hergestellt werden.

Bei der vorgeschlagenen Lösung handelt es sich um einen flächengleichen Tausch der Gst 437 und 2882/1. Die Ausschussempfehlung lautet, diesem Grundtausch näherzutreten.

Diskussion:

Keine Wortmeldungen.

Antrag + Beschluss:

Exkamierungsbeschluss: Abschreibung der Teilfläche „4“ des Gst. Nr. 2882/1 in EZ 734 öffentliches Gut Marktgemeinde Zirl und Zuschreibung zu Gst.Nr. 3087 in EZ 1400 Schneider Peter

Inkamierungsbeschluss: Abschreibung der Teilfläche „1“ des Gst. 3087 in EZ 1400 Schneider Peter und Zuschreibung zu Gst. 2882/1 in EZ 734 öffentl. Gut Marktgemeinde Zirl,

Abschreibung der Teilfläche „2“ von Gst. 3447 in EZ 1400 Schneider Peter und Zuschreibung zu Gst. 2882/1 in EZ 734 öffentl. Gut Marktgemeinde Zirl

Abschreibung der Teilfläche „3“ von Gst. 437 in EZ 1400 Schneider Peter und Zuschreibung zu Gst. 2882/1 in EZ 734 öffentl. Gut Marktgemeinde Zirl

alle KG 81313 Zirl, gemäß Teilungsplan Büro Kofler GZ 20311

Abstimmungsergebnis: beschlossen

Ja:	19	Nein:	0	Enthaltung:	
-----	----	-------	---	-------------	--

zu 20 Beratung und Beschlussfassung betreffend Gst .200 (Moriglgasse)
Vorlage: BAU/080/2016

Bericht:

Ersatz-GR Reinhart erklärt, dass es um Karl Wild geht und seinen Nordstadel. Innerhalb der Grundgrenze ist es eine Verkehrsfläche geworden. Es handelt sich um ein leidiges Thema, dies schon gerichtsanhängig war. Es wurde versucht einen Kompromiss zu ermöglichen, dabei geht es um einen halben bis dreiviertel qm. Er geht sodann auf die Ausschussempfehlung ein.

Diskussion:

Ersatz-GR Rudolfi fragt nach ob das dann zugemacht wird oder ob es dann enger wird.

Ersatz-GR Reinhart erklärt, dass es sich nur um das eine Eck handelt. Es wird über die Problematik diskutiert. Sein Eigentum ist Verkehrsfläche geworden. Der Ausschuss hat empfohlen, eine Kompromisslösung zu finden, der Gemeinderat vergibt sich nichts dabei. Er erklärt die Problematik betreffend der Ecke.

Ersatz-GR Reinhart erklärt, dass der Weg nördlich keine Bedeutung hat. Durch die Gebäudeerrichtung ist das zur Verkehrsfläche geworden.

GR Stecher erklärt, dass der Fehler bei der Erstellung des Flächenwidmungsplanes passiert ist. Dieser wurde nach der Natur erstellt und nicht nach den Grundgrenzen. Im Nachhinein ist man erst drauf gekommen, dass ein Flächenwidmungsplan über seinen Grund geht. Er geht auf die Hilfestellungen durch Frau Weber ein. Er erklärt die bislang geführten Gespräche und die Relevanz der Problematik. Sollte einmal ein größeres Bauvorhaben kommen, dann wird Herr Wild dies über einen Bebauungsplan durchführen müssen.

Antrag + Beschluss:

Es wird beschlossen, dass der Teil der Bp .200 von Herrn Wild, welcher vom Bebauungsplan Moriggasse 2 und 2a und als Verkehrsfläche ausgewiesen ist, umfasst ist, keine geplante Verkehrsfläche darstellt. Dieser Teil soll von der Flächenwidmung ausgenommen werden.

Falls nach Ansicht des Amtes der Tiroler Landesregierung ein Bebauungsplan beauftragt werden soll, wird in eventu die Beauftragung der Bebauungsplanes für die Bp .200 einschließlich der von Herrn Wild geplanten Ecke an die Fa PlanAlp beauftragt. Diesbezüglich muss Herr Wild die Unterlagen vorlegen.

Abstimmungsergebnis: beschlossen

Ja:	19	Nein:	0	Enthaltung:	
-----	----	-------	---	-------------	--

**zu 21 Beratung und Beschlussfassung betreffend Gst 217/6 (Fragensteinweg/Karwendelweg) - Errichtung eines Einfamilienhauses
Vorlage: BAU/091/2017**

Bericht:

Ersatz-GR Reinhart berichtet über die Situation am Fragensteinweg und die geplante Bebauung des Gst. 217/6. Es gab eine Rücksprache mit dem Obmann des Verkehrsausschusses. Er möchte vorausschicken dass jemand um 500 Euro den qm kauft und dann kostenlos hergeben muss. Dieses Problem gibt es aber auch bei der Weineckstraße. Der Karwendelweg soll kostenlos abgelöst werden.

Diskussion:

Ersatz-GR Rudolphi fragt nach ob man mit den Anrainern geredet hat.

Es wird erklärt, dass dies die gleiche Angelegenheit wie Weineckstraße darstellt.

GR Hammer erklärt, dass es dies schon in der Vorperiode gegeben hat.

GR Stecher erklärt, dass sich für den Bauwerber nichts ändert. Er kann trotzdem bauen, auch wenn die Grundgrenze weiter vorne ist. Die Abstandsfläche hat er teilweise verloren.

Antrag + Beschluss:

Betreffend Gst 217/6 (Fragensteinweg/Karwendelweg) soll die Ausarbeitung des Bebauungsplanes entsprechend dem vorgelegten Projekt und der Berücksichtigung der Straßenabtretungen beauftragt werden.

Dies unter der Voraussetzung, dass die Grundabtretung am Karwendelweg kostenlos und am Fragensteinweg in dem Ausmaß, dass dieser eine Breite von 5m bekommt zum üblichen Ablösepreis (1/3 des Baulandpreises).

Abstimmungsergebnis: beschlossen

Ja:	18	Nein:	1	Enthaltung:	
-----	----	-------	---	-------------	--

**zu 22 Beratung und Beschlussfassung betreffend Gst 2315/11- Antrag auf Reduktion des Abstandes zur Moosscheibe
Vorlage: BAU/099/2017**

Bericht:

Ersatz-GR Reinhart berichtet vom Antrag und der Vorgeschichte. Es handelt sich um den Brunnen der Richtung Moosscheibe hinausgeht. Deshalb hat es die Idee gegeben den Antrag zu stellen, dass die Abstände reduziert werden, leider ist das nicht möglich. Im Raumordnungsausschuss wurde über die Möglichkeit von Varianten (Garage abreißen zB) diskutiert mit dem Endergebnis, dass eine Gewährung nicht möglich ist, da die Grenzabstände nicht eingehalten werden können.

Diskussion:

GR Neurauter fragt nach der Gp 2315/11, ob diese bebaubar ist.

Ersatz-GR Reinhart erklärt, dass diese nicht bebaubar ist, da vier Meter Abstand im nördl. Bereich eingehalten werden müssen.

Antrag + Beschluss:

Der Antrag auf Reduktion des Abstandes zur Moosscheibe wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: beschlossen

Ja:	19	Nein:	0	Enthaltung:	
-----	----	-------	---	-------------	--

zu 23 Beratung und Beschlussfassung betreffend der Subventionen 2017 der Bereiche Schule und Bildung
Vorlage: AL/657/2017

Bericht:

Ausschussobfrau Plattner berichtet über die Anträge der Waldkiebitze und der Sonnensprossen.

Betreffend die Waldkiebitze erklärt sie, dass sie es recht kurz halten will, da es schon eine Beschlussfassung vom November gibt. Wenn in der Zirler Gemeinde die pro Kopf pro Kind Regelung eingehalten wird mit € 1.300,--, dann kommt ein Betrag von € 20.800,-- zustande. Daher gibt sie die Empfehlung ab, dass € 20.300,-- ihnen zustehen sollte, da sie unter dieser Regelung liegen. Diese Empfehlung war auch die Herangehensweise der Vorperiode. Sie lehnt sich an die Berechnungsmethode von Innsbruck an.

Sie erklärt, dass im Ausschuss zwar besprochen wurde € 19.500,-- zu bezahlen, aber damals hatte sie nicht das Wissen, dass es eine Berechnungsmethode gibt.

Diskussion:

VBgm. Rangger fragt nach der Begründung, dass ja diskutiert wurde, dass man Einsparungen machen sollte. Sie findet es gut, dass die Berechnungsmethode mit € 1.300,-- herausgefunden wurde.

Bgm. Mag. Öffner erklärt, dass es keinen GR-Beschluss gibt, dass diese Regelung fix angewendet wird. Es ist damals besprochen worden, die Waldkiebitze zu erhöhen. Er erklärt die Vorgehensweise von Peter Kaserer und der ehemaligen VBgm Johanna Stieger. Er überlegt, ob diese Förderungen nicht mehr als klassische Subventionen gesehen werden können, sondern als generelle Förderungen.

VBgm. Rangger stimmt dieser Vorgehensweise zu, da es sich um einen fixen Budgetposten handelt.

Sie fragt nach, ob das im Budget unter Sondersubventionen läuft, denn dann haben wir das gleiche Problem wie heute beschlossen.

Bgm. Mag. Öffner: erklärt, dass eine Bedeckung gesucht wird, und dann die Überschreitungen vorgelegt werden. Das Minus muss gesucht werden, dies abzudecken. Für nächstes Jahr wurde dies schon vorgemerkt, zu bereinigen und richtig budgetieren.

Antrag + Beschluss:

Es wird eine Förderung in Höhe von € 20.300,-- für die Planungssicherheit der Kinderbetreuungseinrichtung Waldkiebitze bezahlt

Abstimmungsergebnis: beschlossen

Ja:	19	Nein:	0	Enthaltung:	
-----	----	-------	---	-------------	--

Ausschussobfrau Plattner erklärt die Situation der Sonnensprossen, es handelt sich um keinen KIGA sondern eine Kindergartengruppe. Der Vorteil ist, dass diese besser agieren können, aber sie werden dafür nicht so sehr vom Land gefördert.

Letztes Jahr wurden € 18.900,-- bezahlt. Dieses Mal wurde ein Antrag von € 19.600,-- gestellt. Die Sonnensprossen werden zudem übersiedeln in die Nähe vom Schwimmbad. Die Miete belief sich bis jetzt auf € 700,-- jetzt fällt eine Miete von € 1200,-- an. Peter Kaserer hat plausibel erklärt, warum die Beiträgen schon höher geworden sind. Es wäre gut, wenn die Gemeinde 500,-- Euro übernehmen könnte. Die Betriebskosten wurden bislang immer von der Gemeinde bezahlt. Deswegen 6.000,-- Euro mehr an Sonnensprossen.

Antrag + Beschluss:

Es wird eine Stammförderung in Höhe von € 19.600-- für die Planungssicherheit der Kinderbetreuungseinrichtung Sonnensprossen bezahlt.

Abstimmungsergebnis: beschlossen

Ja:	19	Nein:	0	Enthaltung:	
-----	----	-------	---	-------------	--

Die Übersiedlungskosten der Sonnensprossen werden auch zur Abstimmung gebracht. Ausschussobfrau Plattner berichtet, dass die Kosten groß sind und sie verweist auf die Darstellungen von Kaserer. Eine Hilfe vom Bauhof sollte auch kein Thema sein. Es gibt aber keine konkretere Schätzung.

VBgm. Rangger erklärt, dass heuer 20 Jahre Sonnensprossen bestehen, deswegen wird jetzt am Schwimmbadweg das Haus adaptiert, der Vorteil ist, dass, keine Raumhöhen eingehalten werden müssen. Aber das Haus ist alt, von den Eltern wird viel investiert. Die Übersiedlung wird von den Eltern organisiert und getragen. Es muss an der Mauer, am Zaun und im Haus Adaptierungen gemacht werden. Spielgeräte werden auch gebraucht. Für Kinder soll Betreuung gewährleistet werden. Kaserer hat das sehr gut im Griff. Sonnensprossen sicher kein Verein, der zu viel Geld ausgibt. 10.000,-- Euro sind beantragt, wenn man 5.000,-- genehmigt, kommt man ihnen entgegen.

Antrag + Beschluss:

Es wird ein einmaliger Beitrag in Höhe von € 5.000,-- als Übersiedlungskosten für die Sonnensprossen ausbezahlt.

Abstimmungsergebnis: beschlossen

Ja:	19	Nein:	0	Enthaltung:	
-----	----	-------	---	-------------	--

Bgm. Mag.Öfner erklärt, wenn bei den Subventionsansuchen ähnlich diskutiert wird, dann sollten diese am Montag weiterbehandelt werden. Es wird festgelegt, dass die Subventionen der Bereiche Schule und Bildung noch abgeschlossen werden.

Bericht:

Ausschussobfrau Zangerl-Walser berichtet von den Diskussionen und Beratungen in ihrem Ausschuss. Sie erklärt die Stammförderungen betreffend der restlichen Punkte von Schule und Bildung. Es handelt sich dabei um das EKIZ, den Elternverein der VS Zirl, die Erwachsenenschule Zirl und die VHS Zirl.

Im Ausschuss wurde die Meinung vertreten, dass man sparen sollte, auch bei den Vereinen. Für jeden Verein soll bei der Stammförderung 5 % abgezogen werden. Der Elternverein muss sich selber erhalten war die Ausschussempfehlung. Das gibt es nirgends, dass die etwas bekommen. 2.000,-- Euro gibt man ihnen daher nicht.

Es wurde auch für eine Projektförderung in Höhe von € 100,- für den Elternverein bzw € 384,-- für den Schaukasten angesucht. Beim Land wurden Informationen eingeholt. Ein Schaukasten ist erlaubt, aber es darf nicht negativ gegen die Schule sein.

Diskussion:

Es wird darüber diskutiert ob man mit dem Elternverein darüber gesprochen hat.

VBgm Rangger fragt nach, warum man die Stammförderung haben wollte.

VBgm Zangerl-Walser erklärt die Institution des Elternvereins und die Aufgaben.

GR Stecher erklärt, dass man in Aussicht stellen kann, wenn man Projekte macht, dass man dann Förderungen bekommt.

Es wird über den erforderlichen Schaukasten und das Computerprogramm diskutiert.

GR Neurauter hat Bedenken, wenn ein einziger Verein nicht die 500 Euro bekommt, deswegen sollte man sie auch unterstützen. Sie haben sich bei der Begegnungszone beteiligt, haben Investoren gesucht für eine Unterstützung. Es wäre der einzige Verein in Zirl, der das dann nicht bekommt.

VBgm. Zangerl-Walser erklärt, dass sie froh ist, dass so viele Veranstaltungen gemacht werden. Sie fragt nach ob er das zur Stammförderung dazutun will.

GR Hammer verlässt um 22:56 Uhr den Raum.

Für das EKIZ soll eine Stammförderung in Höhe von € 2.500,-- bezahlt werden.

Für den Elternverein keine Stammförderung

Für die Erwachsenenschule € 500,-- und für die Volkshochschule € 500,--

Die Stammförderungen sollen insgesamt noch einmal um 5 % gekürzt werden, ausgenommen Pfarre, Christkindleinzug und Vinzenz.

Die Förderung des Schaukastens soll einmalig erfolgen.

Es wird sodann über die Stammförderungen und die Vergabe diskutiert.

GR Gobes erklärt, es geht nicht darum 5% weg zu tun. Es hat geheißen, man muss sparen. Man kann nicht einen bevorzugen und den andern nicht. Deswegen gesagt 5 % generell machen.

Es wird über die 5 % und die Sachleistungen diskutiert.

GR Hammer betritt um 22:59 Uhr wieder den Raum.

Es wird darüber diskutiert, ob die Vereine über den Grundsatz der Kürzung der 5% informiert worden sind.

VBgm. Zangerl-Walser erklärt, dass die Obleute informiert wurden.

Bgm. Mag. Öfner fügt hinzu, dass ein weiteres Treffen mit Vereinsobleuten geplant ist.

Es wird darüber diskutiert, dass diese Sparmaßnahmen € 7.000,-- einbringen werden.

Antrag + Beschluss:

Betreffend der Stammförderungen soll Solitarbeitrag von 5 % von allen Vereinen abgezogen werden. Ausgenommen sind die Pfarre, der Christkindluzug und der Vinzenzverein.

Abstimmungsergebnis: beschlossen

Ja:	10	Nein:	9	Enthaltung:	
-----	----	-------	---	-------------	--

**Antrag + Beschluss:
Stammförderungen**

EKIZ € 2.500,--

Elternverein € 500,--

Erwachsenenschule € 1.000,--

VHS € 700,--

Elternverein Sachförderung Schaukasten € 384,-- einmalig

Betreffend der Stammförderungen soll Solitarbeitrag von 5 % von allen Vereinen abgezogen werden

Abstimmungsergebnis: beschlossen

Ja:	19	Nein:	0	Enthaltung:	
-----	----	-------	---	-------------	--

Bgm. Mag. Öfner unterbricht die Sitzung um 23:03 Uhr und erklärt, dass diese am Montag, den 03.04.2017 um 19:00 Uhr im Trauungssaal der Marktgemeinde Zirl fortgesetzt wird.

Fortsetzung der Gemeinderatssitzung vom 30.03.2017 am 03.04.2017 um 19:00 Uhr im Trauungssaal der Marktgemeinde Zirl.

Anwesend:

Bürgermeister:

Herr Mag. Thomas Öfner

Ordentliche Mitglieder:

Frau Iris Zangerl-Walser

Frau Victoria Rangger

Herr BSc Andreas Albrecht

Frau Margit Gastl

Herr Thomas Gobes

Herr Georg Kapferer

Herr Lukas Kaufmann

Herr Ing. Dr. Karl Neuraüter

Herr Peter Pichler
Frau Marion Plattner
Herr Alfred Stecher
Herr Hermann Stolze
Herr Josef Gspan
Herr Arch. Dipl.-Ing- Rainer Schöpf

Ersatzmitglieder:

Frau Iris Pichler
Herr Martin Plattner
Herr Reinhold Redolfi
Frau Sigrid Thomaser

Schriftführerin:

Frau Dr. jur Veronika Sepp-Zweckmair

Abwesend:

Ordentliche Mitglieder:

Herr Ing. Wolfgang Hütter
Herr Thomas Pichler
Frau Theresa Spirk
Frau Viktoria Hammer

Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Bgm Mag. Thomas Öfner begrüßt zur Fortsetzung der Gemeinderatssitzung vom 30.03.2017 alle anwesenden GemeinderätInnen und Ersatzgemeinderätinnen sowie die 2 ZuhörerInnen und eröffnet die Sitzung.

Anschließend stellt Bgm Mag. Thomas Öfner fest, dass die Beschlussfähigkeit gegeben ist. Entschuldigt sind GR Ing. Wolfgang Hütter, welcher von Ersatz-GR Iris Pichler vertreten wird, GR Viktoria Hammer, welche von Ersatz-GR Martin Plattner vertreten wird, GR Theresa Spirk, welcher von Ersatz-GR Sigrid Thomaser vertreten wird und GR Thomas Pichler, welcher von Ersatz-GR Reinhold Redolfi vertreten wird.

**zu 24 Beratung und Beschlussfassung betreffend Vereinssubvention 2017, Sport
Vorlage: AL/622/2017**

Bericht:

Ausschussobfrau Zangerl-Walser berichtet von den Diskussionen und Beratungen in ihrem Ausschuss. Sodann geht sie auf die einzelnen Punkte der Förderungen vom Ausschuss beraten ein.

Diskussion:

VBgm Rangger fragt nach den Listen und wie die vergeben bzw berechnet werden.

Ausschussobfrau Zangerl-Walser erklärt die Excel Datei, die ihrer Meinung nach seit Jahren in der Marktgemeinde Zirl angewendet wird.

Ersatz-GR Thomaser fragt ob die 5 % dann noch weg kommen.

Dies wird bejaht mit der Begründung, dass dies dann für alle Vereine gleich ist.

GR Gastl frat nach dem Verein „Der Cluuub“.

Es wird erklärt, dass dies ein Fußballverein ist.

Antrag und Beschluss:

Stammförderung:

ÖAV € 2.030,--
Der Cluuuub € 300,--
EC Gunners € 2.750,--
EC Vikings € 300,--
Eisschützen € 600,--
UEZ Eiskunstlauf € 900,--
FC Zirl € 5.330,--
Fit4Zirl € 300,--
Lucky Steps € 300,--
Minigolf € 400,--
RCC € 580,--
Schachclub € 330,--
Schäferhunde € 780,--
Schützengilde € 850,--
Schwimmen € 2.800,--
Skaterverein € 830,--
SkiTri € 4.650,--
Taekwondo € 2.230,--
Tennis € 2.780,--
Tischtennis € 1.380,--
VC Volleyball € 450,--

Es wird abschließend nochmals unterstrichen, dass alle Stammförderungen nochmals für das Jahr 2017 um 5% reduziert werden und in zwei Tranchen ausbezahlt werden.

Abstimmungsergebnis: beschlossen

Ja:	19	Nein:	0	Enthaltung:	
-----	----	-------	---	-------------	--

GR Neurauder fragt nach den Sondersubventionen, dass diese Liste ihnen nicht zur Verfügung steht. Es steht nicht drin, wie viel der Ausschuss gesagt hat. Es sollte in den Unterlagen eingefügt werden.

Ausschussobfrau Zangerl-Walser erklärt, dass in den letzten Jahren immer diese Liste drin war.

GR Neurauder erklärt, dass die Ausschussempfehlung im Session Net leer ist.

Bgm Mag. Öfner erklärt, dass man sich im nächsten Jahr bemüht, dies in die Liste miteinzufügen.

Ausschussobfrau Zangerl-Walser liest sodann langsam die einzelnen Positionen vor.

Diskussion:

Es wird über die Positionen der Sondersubventionen diskutiert.

Ausschussobfrau Zangerl-Walser erklärt die einzelnen Vereine, ihr Ansuchen und die Ergebnisse der Vorberatungen in ihrem Ausschuss.

VBgm Rangger fragt nach dem Modellflugverein und ob diese nichts bekommen

Ausschussobfrau Zangerl-Walser erklärt, dass diese zurückgestellt wurden und sie mit dem Obmann gesprochen habe. Der Platzwechsel konnte noch nicht geklärt werden, sie hat das Anliegen aber schon in einen anderen Ausschuss gegeben. Es muss die Klärung daher noch abgewartet werden.

GR Neurauder fragt nach dem Tennisclub und der Sachförderung Tennisplatz, ob es sich da um Miete handelt.

Bgm. Mag. Öfner erklärt, dass diese Miete zahlen. Ergänzend gibt er an, dass der Obmann zweimal bei ihm war, zuletzt vor der Sitzung. Die Netzpfosten sind in einem desolaten Zustand. Der Tennisclub hat schon mehrfach angesucht, diese zu erneuern. Diese Sanierungsmaßnahme soll zunächst aus Eigenmitteln des TC Zirl finanziert werden. Dies verbinden sie mit einem Sportförderansuchen an das Land Tirol. Dieser Punkt ist daher zurückgestellt, da noch weitere Abklärungen erforderlich sind.

Antrag und Beschluss:

Projektförderungen Sport:

ÖAV € 500,-- (Zusatzbemerkung € 1.500 Bergfilmfestival Topf Sponsorbeiträge)

EC Gunners Übernahme der Saalmiete B4 (ca. € 1.900,-- Ballpauschale)

Eisschützenverein € 800,--

RCC Zirl vertagt

Schützengilde keine Subvention, stattdessen Sachleistung Kopierer von SPZ oder EC Gunners

Schwimmclub € 2.000,-- (Sondersubvention 60 jähriges Jubiläum)

Skaterverein € 1700,--

SkiTri € 500,-- (Zusatzbemerkung € 1.000,-- Topf Sponsorbeitrag für 2. Zirler Marktlauf)

Taekwondo € 500,--

Tennis vertagt

Tischtennis € 1.000,--

Abstimmungsergebnis: beschlossen

Ja:	19	Nein:	0	Enthaltung:	
-----	----	-------	---	-------------	--

zu 25 Beratung und Beschlussfassung betreffend Vereinssubvention 2017, Kultur und Soziales

Vorlage: AL/623/2017

Bericht:

Ausschussobfrau Zangerl-Walser berichtet von den Beratungen und Diskussionen in ihrem Ausschuss zu diesem Tagesordnungspunkt. Sodann liest sie die Ausschussempfehlung vor.

Diskussion:

Es wird über die Liste diskutiert, dass diese im Netz nicht identisch ist mit der Liste, die die Ausschussobfrau vorliest.

GR Neurauder erklärt zudem, dass eine Mitschau dadurch schwer möglich ist.

Ersatz-GR Pichler Iris fragt nach dem Christkindleinzug und ob dieser aufgeteilt ist, da er nur alle zwei Jahre stattfindet.

Ausschussobfrau Zangerl-Walser erklärt, dass dieser aufgeteilt ist.

VBgm Rangger fragt nach dem Theaterverein, da dieser der einzige ist der eklatant weniger bekommt.

Ausschussobfrau Zangerl-Walser erklärt, dass diese vorletztes Jahr auch schon angesucht haben. Sie hat mit dem Obmann gesprochen, das geht in Ordnung für diesen.

GR Josef Gspan erklärt, dass er hinsichtlich des Krippenvereins befangen ist.

Antrag + Beschluss:

Folgende Vereinssubventionen 2017 für den Bereich Kultur und Soziales werden beschlossen: (Josef Gspan befangen bei der Beschlussfassung betreffend Krippenverein)

Stammförderung:

Chor Wanja € 500,--

Christkindleinzug € 400,-- (ohne 5% Kürzung)

Die Selch: grundsätzlich € 2.000,-- Rückstellung bis Nachweis der Notwendigkeit

Dorfgemeinschaft Eigenhofen-Dirschenbach € 2.500,--

Faschingsgilde € 1.500,--

Foto-Video-Club € 500,--

Österreichische Islamische Föderation € 1.000,--

Jungbauern € 1.000,--

Kaiserjäger € 500,--

Kirchenchor € 2.100,--

Krampelerverein € 1.000,--

Krippenverein € 400,-- (Zusatz Josef Gspan befangen!)

Modelleisenbahnclub € 600,--

Musikverein € 10.000,--

Organisation Tiroler Landestheater € 350,--

Schützenkompanie € 2.400,--

Pensionistenverband € 3000,--

Theaterverein € 1.600,--

Zirler Türggeler € 1.000,--

Jugendchor € 200,--

Pfadfinder € 2.500,--

Pfarramt € 6.000,-- (ohne 5% Reduktion)

Seniorenbund € 3.000,--

JUFF Jugendwarteraum € 500,--

Vinzenzgemeinschaft € 1.500,-- (ohne 5%Reduktion)

Es wird der Grundsatzbeschluss für 2017 gefasst, dass die Stammförderungen um 5 % reduziert werden.

Abstimmungsergebnis: beschlossen

Ja:	19	Nein:	0	Enthaltung:	
-----	----	-------	---	-------------	--

Bericht:

Ausschussobfrau Zangerl-Walser geht auf die einzelnen Punkte der Projektförderung ein.

Diskussion:

Es wird über den Spielplatz und die Prüfung diskutiert, dass dieser Posten an den Wirtschaftsausschuss übertragen wird. Sodann wird über das Ansuchen der Österr. Islamischen Föderation diskutiert.

Ausschussobfrau Zangerl-Walser geht auf die beantragte Förderung für die Reise nach Jerusalem ein, dass diese ihrer Meinung nach vom Verein grundsätzlich selber bezahlt werden sollen, da dies nicht üblich ist, dass die Gemeinde Reisen eines Vereines finanziert.

Es wird über das Einzahlen des Kirchenerhaltungsfonds, den Theaterverein und dem Bataillonsfest diskutiert und die einzelnen Positionen, die von Zangerl-Walser vorgetragen wurden.

Antrag und Beschluss:

Projektförderung Kultur für das Jahr 2017:

Die Selch € 1.500,--

Dorfgemeinschaft Eigenhofen-Dirschenbach: weitere Behandlung im Wirtschaftsausschuss

Islamische Föderation € 500,--

Kirchenchor € 1.000,-- plus B4-Miete (Ballpauschale)

Krampelerverein € 3.000,--

Pfarre € 3.700,--

Schützenkompanie € 2.500,-- plus Sachleistungen lt. Antrag Bataillonsfest

Theaterverein € 2.000,--

Zirler Türggeler € 1.000,--

Perspektiven für Kinder € 2112,-- (f. Saalkosten B4 und Plakatiergebühr)

Vinzenzgemeinschaft € 300,-- plus Plakatierung für 30-Jahr-Feier)

Abstimmungsergebnis: beschlossen

Ja:	19	Nein:	0	Enthaltung:	
-----	----	-------	---	-------------	--

GR Neurauder fragt nach den Summen, ob es auch eine Gesamtliste gibt, was Vereine an Subventionen bekommen.

Ausschussobfrau Zangerl-Walser erklärt, dass dies für die Zukunft aufgenommen wird.

Ersatz-GR Pichler Iris fragt nach dem Zachäus Singen, ob dies enthalten ist.

Ausschussobfrau Zangerl-Walser erklärt, dass es sich dabei um eine Gemeindeveranstaltung handelt und diese nicht aus den Subventionstöpfen kommt.

Die Sitzung wird aufgrund eines technischen Gebrechens um 19:58 Uhr unterbrochen und um 20:10 Uhr fortgesetzt.

zu 26 Beratung und Beschlussfassung betreffend Vereinssubvention 2017, Wirtschaft

Vorlage: AL/624/2017

Bericht:

Ausschussobfrau Zangerl-Walser geht auf die einzelnen Positionen ein. Explizit geht sie auf die Position des Tourismusverbandes mit € 8.500,-- ein. Bis jetzt hat der TVB immer zB bei Markttagen eine Hüpfburg zur Verfügung gestellt, seit den Wahlen werden 250 Euro an Miete verlangt. Auch der Kartenvorverkauf des Theatervereines kann nicht mehr über TVB gemacht werden. Die Blumenschüsseln im Dorf wurden vom TVB aufgehängt, seit den Wahlen nicht mehr, dafür wurde das Angebot gemacht diese um 3500 Euro zu kaufen. Die Gemeinde hat die Blumen immer selber eingesetzt und gepflegt. Auch die Ferienaktion für Kinder gibt es nicht mehr. Das Life Radio, das Schulabschlussfest gibt es seit den Wahlen auch nicht mehr. Sie war bei Johanna Stieger persönlich und hat sie auch gefragt, ob es mit den Wahlen zu tun hat. Neben Budgetgründen wurde dies auch nicht verneint. Sie findet, dass der TVB nicht für parteipolitische Zwecke verwendet werden sollte.

Bgm. Mag. Öfner erklärt, dass er sich selbst einen Gesamtüberblick über jeweilige Transferzahlungen verschafft hat, ob man diese Kürzung befürworten sollte oder nicht. Es bleibt jedem GR überlassen wie er abstimmt.

Er geht sodann auf die Bereiche der Ehnbachklamm € 60.000 (Notwendigkeit auf Basis GA Jöchler Klaus), Felsabräumung € 23.550,--, Arbeiten in den Stiegen des TVB (zB Klettersteig) € 43.000, insgesamt sind es Kosten von € 127.050, die vom TVB bezahlt werden. Für diesen Bereich hat der TVB um € 10.000,-- angesucht. Es gibt erhebliche Leistungen des TVB, die der Gemeinde zugutekommen, deswegen hält er die € 10.000,-- für gerechtfertigt. Für 2017 stehen für die Brücke der Ehnbachklamm € 90.000,-- Sanierungskosten an, dafür gibt es auch Unterstützungen vom Land. Bei der Marktgemeinde Zirl wurde einmalig € 25.000,-- an Einmalsubvention ausgezahlt. Der Vollständigkeit halber für den Gesamtüberblick zahlt der TVB an die Gemeinde eine jährliche Subvention von € 20.000,--. Der TVB wickeln das Meldewesen für die Gemeinde ab. Die Bergwege müssen gepflegt werden, dafür werden die Personalkosten geteilt, dies beruht auf einer jahrelangen Regelung zwischen TVB und MG Zirl. Daher möchte er plädieren bei Betrachtung der Gesamtleistungen des TVB die € 10.000,-- an Subvention zu belassen. Er wird diese Position aber gesondert abstimmen lassen.

Diskussion:

Es wird über die Listen die im Netz waren diskutiert, dass diese übersichtlicher für die Zukunft dargestellt werden sollten.

VBgm Rangger hält die € 10.000,-- für den TVB als gerechtfertigt, das Vorbringen betreffend der Parteipolitik von VBgm Zangerl-Walser hält sie in einer öff. Sitzung für nicht in Ordnung. Es handelte sich offensichtlich um ein vier Augen Gespräch zwischen Johanna Stieger und VBgm Zangerl-Walser, daher findet sie die Wortmeldungen nicht in Ordnung.

Bgm. Mag. Öfner bedankt sich für die Wortmeldung und erklärt, dass sich grundsätzlich alle überlegen sollten, wie man sich im Gemeinderat äußert.

VBgm Zangerl-Walser fragt betreffend der Höhe des Ansuchens, da letztes Jahr € 40455,90 an den TVB gezahlt wurden.

GR Stecher erklärt, dass es nicht notwendig ist, jeden Euro zu klauben, die Felsräumung wurde zu 100% vom TVB bezahlt. Einzelfälle können nicht in das Budget aufgenommen werden, da man diese im Vorfeld nicht weiß. Er ist sehr froh, dass diese Gefahr so früh erkannt worden ist. Der TVB hat diese Angelegenheit seiner Meinung nach schnell und unbürokratisch über die Bühne gebracht.

GR Gspan spricht die € 40.000,-- im Budget an, dass man sich diese genauer anschauen sollte, da die Subventionen nicht jedes Jahr überzogen werden sollten.

Bgm. Mag. Öfner erklärt, dass er vorhat, dies für nächstes Jahr explizit aufzunehmen.

VBgm Zangerl-Walser erklärt, dass Johanna Stieger immer eine hervorragende Leistung erbracht hat, aber dass es auffällig ist, dass in der neuen Periode einiges gestrichen wurde.

GR Neurauder erklärt, dass seiner Meinung nach Johanna Steiger sicher mit den Chefitäten dies besprechen und abklären muss. Es sollte zuerst gefragt werden, warum das passiert ist, bevor Vorwürfe gemacht werden.

VBgm Zangerl-Walser erklärt, dass Blumentröge jahrelange umsonst gegangen sind und jetzt auf einmal muss die Gemeinde ankaufen.

Ersatz-GR Pichler Iris fragt nach den Wegen und Steigen ob das generell ist dass dies der TVB übernimmt.

Bgm. Mag. Öfner erklärt, dass es eine generelle Regelung für die Aufteilung der Wegerhaltung zwischen dem TVB und der Gemeinde gibt.

GR Gobes fragt nach dem TVB, warum die Zuwendung im Budget beschlossen werden muss, wenn diese immer für den Einzelfall noch Geld bekommen.

Bgm. Mag Öfner erklärt, dass ein Pauschalbetrag immer enthalten ist, aber einen Felssturz im Vorfeld kann man nicht kalkulieren. Es gibt einen grundsätzlichen Personalkostenbeitrag für die Wegpflege, dieser ist konstant und klar, was man nicht kalkulieren kann, sind die einmaligen Ausgaben.

Ersatz-GR Plattner Martin fragt nach, ob man erheben könnte für welche Steige der TVB und für welche die Gemeinde zuständig ist.

Bgm. Mag. Öfner erklärt, dass es eine Liste gibt, da es letzten Herbst ein Austauschgespräch zwischen Frau Stieger und Herrn Würtenberger gegeben hat.

Ersatz-GR Plattner fragt um den Bereich rundum das Solsteinhaus, da für diesen Bereich seines Wissens nach der Alpenverein zuständig ist. Zudem fragt er ob für den TVB auch die 5%Regelung gilt.

Bgm. Mag. Öfner erklärt, dass diese auch für den TVB gilt.

Antrag und Beschluss:

Bergwacht € 750,--

Bienezuchtverein € 400,--

Obst- und Gartenbauverein € 500,--

Schafzuchtverein € 600,--

Wasserwacht € 500,--

Ziegenzuchtverein € 600,--

Es wird nochmals unterstrichen, dass alle Stammförderungen nochmals um 5% für das Jahr 2017 reduziert werden sollen.

Abstimmungsergebnis: beschlossen

Ja:	19	Nein:	0	Enthaltung:	
-----	----	-------	---	-------------	--

Es würde über die Ortsbauern diskutiert und die entgegen der Empfehlung des Ausschusses von 9.000,-- zur Beschlussfassung gelangenden € 10.000,--.

Der Grund dafür liegt bei der Tierseuchenbekämpfung.

GR Kapferer erklärt die einzelnen Zuwendungen.

Antrag und Beschluss

Ortsbauern € 10.000,--

Es wird nochmals unterstrichen, dass alle Stammförderungen nochmals um 5% für das Jahr 2017 reduziert werden sollen.

1 befangen

Abstimmungsergebnis: beschlossen

Ja:	17	Nein:	1	Enthaltung:	
-----	----	-------	---	-------------	--

Antrag und Beschluss

TVB € 10.000,--

Es wird nochmals unterstrichen, dass alle Stammförderungen nochmals um 5% für das Jahr 2017 reduziert werden sollen.

Abstimmungsergebnis: beschlossen

Ja:	19	Nein:	0	Enthaltung:	
-----	----	-------	---	-------------	--

VBgm Zangerl-Walser möchte, dass der TVB einen Nachweis bringt, damit die Förderungen überprüft werden können.

Projektförderung Wirtschaft

Bericht:

Ausschussobfrau Zangerl-Walser erklärt die Projektförderungen und geht auf die einzelnen Positionen ein.

Es wird über den Stromverbrauch und den Preis der Photovoltaikanlage diskutiert und der Vorgang des Aufstellens.

GR Stecher erklärt, dass das seiner Meinung nach eine große Anlage ist.

Antrag + Beschluss:

Projektförderung

Schafzuchtverein € 2.000,-- (Photovoltaikanlage unter der Voraussetzung, dass eine Anlage mit € 9.000,-- verbaut wird.)

Abstimmungsergebnis: beschlossen

Ja:	19	Nein:	0	Enthaltung:	
-----	----	-------	---	-------------	--

Die Sitzung wird aufgrund eines technischen Gebrechens um 19:58 Uhr unterbrochen und um 20:10 Uhr fortgesetzt.

zu 27 Beratung und Beschlussfassung betreffend dem Kindergarten B4

Vorlage: AL/660/2017

Bericht:

Bgm. Mag. Öfner berichtet über die Ursache für die Verzögerung, dass die Kostenschätzung länger gebraucht hat. Innerhalb der letzten zwei Wochen hat es erhebliche Differenzen gegeben. GR Stecher war sehr engagiert in dieser Angelegenheit, er hat innerhalb eines Tages persönlich viele Angebote eingeholt. Seitens der WE wurde eine Kostenschätzung vorgelegt, diese war bei der Ausschusssitzung noch nicht da. Es gab eine große Differenz zwischen der ersten und der zweiten Kostenschätzung. Die Zeit drängt, da die Ausschreibungen und Vergaben durch die WE erfolgen müssen. Deswegen wird der GR ersucht ihm eine Vollmacht zu geben, dass der Ausbau und die Ausschreibung über einen externen Kontrolleur begleitet werden kann. Dafür braucht er die Ermächtigung. Er wird zwei bis drei Angebote einholen, aber muss dies muss rasch funktionieren.

Diskussion:

VBgm Rangger fragt nach der Aufstellung und der Anmeldesituation im KIGA B4.

Ausschussobfrau Plattner berichtet, dass derzeit 16 Anmeldungen vorliegen.

VBgm Rangger fragt nach dem Plan und dem Personalbüro, ob es da Tageslicht gibt. Sie fragt nach dem Päd. Konzept, ob dieses vorhanden ist. Dieses wurde in jeder Sitzung eingefordert.

GR Stecher erklärt, dass er mit dem SV diesen persönlich besprochen hat, dieser hat eine zusätzliche Öffnung mit Blick ins Freie eingefordert, deswegen wurde dies so umgesetzt.

Bgm. Mag. Öfner erklärt, dass es ein päd. Konzept gibt. Zudem möchte er anmerken, dass Anfragen solcher Natur an das Marktgemeindeamt zu richten sind und nicht direkt an die Mitarbeiter, da diese nicht genau wissen, welchem GR sie was sagen dürfen. Er ersucht daher Anfragen direkt an ihn oder die AL zu richten.

GR Schöpf geht auf die Förderungen vom Bund ab 01.07.2017 und die einzelnen Fördergegenstände ein. Er empfiehlt, dass man beim Bund ansuchen sollte.

Bgm. Mag. Öfner erklärt, dass er vor einer Woche diesbezüglich intern einen Mitarbeiter beauftragt hat, diese Förderungen zu beantragen.

GR Schöpf erklärt, dass am 25.10.2016 eine Kostenschätzung in Höhe von 208.000 Euro gerechnet wurden und am 09.12.2016 auf Anregung von ihm 376.000 Euro waren. Darin enthalten sind auch 70.000 Euro Möblierung. Die aktuelle Aufstellung jetzt beläuft sich auf 450.000 Euro. Das bedeutet eine Differenz von 200.000 Euro. Er interessiert sich für den Grund dafür.

GR Stecher geht auf den letzten Stand der Kostenschätzung von Ing. Grißmann vom 03.04.2017 ein. Er erklärt, dass die vergangene Kostenschätzung ohne Außenmöblierung etc war. Heute handelt es sich um Euro 385.000, dies bedeutet eine 39 % Preissteigerung. Gründe dafür gibt es mehrere: Es gab eine falsche Grundsatzsituation vor allem bei der Elektrotechnik ist man davon ausgegangen, dass das B4 schon alles hat, aber man muss bei Null anfangen und alles neu einrichten. Zusätzlich kamen weitere Wünsche, die sich bei der Planung, zB Vordach über gesamte Länge für natürliche Beschattung, Gruppenräume mit offenen Fenstern, dazu.. Es müssen Öffnungen größer gemacht werden. Am Anfang wurde das nicht bedacht. Er geht auf den Rost der Tiefgarage ein, engmaschig muss dieser sein. Türen müssen mit elektrischen Schlössern ausgestattet sein. Diese Angelegenheiten wie eine Klimaanlage die eingebaut werden muss haben zu einer Preissteigerung geführt. Ing. Grißmann war seitens der Verwaltung dafür verantwortlich. Er geht zudem auf bewegliche Einrichtungen ein. Letztes Angebot lag bei € 70.000,--. Bei Spielsachen gab es eine Steigerung von 20.000 Euro. Im Gesamten reden wir inkl. der erheblichen Preissteigerung von einer Kostensteigerung von 134.000 Euro zum damaligen Konzept. Damals ist man von anderen Fakten ausgegangen. Er geht auf die Besprechungen mit der WE und die Subaufträge ein, die die WE vergeben hat. Laut der WE können die Kosten um 30% reduziert werden. Es ist aber notwendig nochmals eine Reduktion herbeizuführen. Am Ende der Abrechnung liegt eine Preissteigerung von 36% inkl aller Nebenkosten vor.

GR Schöpf geht auf die Nebenkosten ein, dass diese schon damals fair verglichen wurden. Der Budgetansatz mit 400.000 Euro ist seiner Meinung nach falsch. Er stellt sich die Frage was man um dieses Geld bekommt. Am GR geht es aber völlig vorbei. Der GR hat im Dezember beschlossen, dass der KIGA ins B4 kommt. Die Frage ist nicht nur die Zahl sondern was man dafür bekommt.

GR Stecher erklärt, dass es ein Raumprogramm, ein Raumbuch, ein Ausstattungsprogramm usw sowie eine Vorgabe welche Spielgeräte angeschafft werden sollen, gibt. Es gibt das alles, dies hat Frau Unterthurner alles vorliegen, sie ist sehr bemüht, dies alles einzuholen. Was die bauliche Situation und das Ausstattungsprogramm anbelangt, hat es keinen Sinn, dies im Detail im GR zu behandeln.

GR Schöpf fragt nach der Absenkung im Außenbereich und ob man dies aus Kostengründen so gemacht hat. Dies sollte seiner Meinung nach schon im GR behandelt werden.

GR Stecher erklärt, dass die Absenkung in Absprache mit Mag. Lanza von der Abteilung Bildung vom Land gemacht wurde.

VBgm Rangger erklärt, dass die Ausstattungsvariante ihrer Meinung nach zum Pädagogischen Konzept gehört und daher im Ausschuss und im GR behandelt werden sollte. Sie möchte diese Informationen daher haben. Sie hat auch im Ausschuss berichtet, dass sie in dieses Konzept einsehen möchte. Man diskutiert schließlich seit Oktober 2016 über das B4.

Bgm. Mag. Öfner erklärt, dass er kein Bautechniker ist, aber wenn er sieht, dass man für die Belüftungsumsetzung 70.000 Euro zahlen muss, dann geht er davon aus, dass dies nicht unmittelbar mit KIGA Gruppe zu tun hat. Eine Lüftung wird man einbauen müssen.

GR Stecher erklärt zur Wortmeldung, dass zu wenig kommuniziert wurde, dass das B4 aufgrund der offenen Struktur kein Regelfall ist. Das Konzept liegt auf dem Tisch, er hat bis dato keinen Anlass gesehen, dies zu kommunizieren.

Es wird sodann über den Plan und die Finanzierung diskutiert sowie wer welche Informationen hat. Zudem wird seitens des Bgm auf die Kosten der WE eingegangen und der aktuellen Kosten sowie der Förderungen.

Antrag + Beschluss:

Der Bürgermeister der MG Zirl wird im Rahmen der vorgelegten Kostenschätzung seitens WE in Höhe von € 385.000,-- für den Gebäudeausbau und € 65.834,-- für Planungskosten, gesamt sohin € 450.834,--, ermächtigt, die Ausschreibungen und die Umsetzung mit der WE zu beauftragen. Die genannten Kosten sind derzeit nur Schätzungen und erhalten die Freigabe durch den Bürgermeister der MG Zirl erst nach Vorliegen entsprechender Ausschreibungsergebnisse, die zusätzlich durch einen noch zu beauftragenden Prozess- und Kostenbegleiter der MG Zirl überprüft und freigegeben werden. Zur Auswahl und Beauftragung des gemeindeeigenen Prozess- und Kostenbegleiters, wird der Bgm der MG Zirl durch den Gemeinderat ausdrücklich ermächtigt. Zur Entscheidung, ob die Finanzierung des Kindergartenausbaus im B4 durch Kreditaufnahmen oder durch Anmietung nach erfolgtem Ausbau durch die WE erfolgt, wird ebenfalls der Bgm der MG Zirl gemeinsam mit dem Finanzverwalter ermächtigt.

Abstimmungsergebnis: beschlossen (1 befragen)

Ja:	14	Nein:	4	Enthaltung:	
-----	----	-------	---	-------------	--

zu 28 Beratung und Beschlussfassung betreffend der Verpachtung des Schwimmbadcafes Vorlage: AL/651/2017

Bericht:

Bgm. Mag. Öfner berichtet von den vorliegenden Angeboten von den zwei Bewerbern. Diese sind bis zur GR-Sitzung eingelangt, aber keines in der Abgabefrist.

Das Angebot von Giustino Profeta wurde über Massimo Profeta vermittelt. Das Konzept liegt vor. Beide Anbieter haben sich die Örtlichkeiten und den Mietvertrag angeschaut. Volker Kuranda ist der zweite Anbieter der in Axams seit Jahren das Schwimmbadcafe führt. Es gibt keine Ausschussempfehlung zu diesem Tagesordnungspunkt, aber die Zeit drängt.

Diskussion:

GR Schöpf fragt ob es ein Hearing gegeben hat.

Bgm. Mag. Öfner erklärt, dass es Gespräche mit Herrn Profeta im Rosengarten in Innsbruck bei einem Mittagessen gegeben hat, bei welchem dieser das Konzept übergeben hat. Mit Herrn Volker Kuranda hat er telefoniert, ein persönliches Treffen ist sich nicht ausgegangen. Herr Kuranda hat aber seiner Meinung nach in Axams bewiesen, dass er das kann. Jedenfalls würden beide 3 Jahresvertrag abschließen.

GR Schöpf erklärt, dass er sich gerne ein Bild von den Bewerbern machen will, er kann nichts damit anfangen, vor allem da auch keine Vorberatung stattgefunden hat.

Ersatz-GR Redolfi erklärt, dass er bei einem Ganzjahresbetrieb ein Sicherheitsproblem sieht.

Bgm. Mag. Öfner erklärt, dass das jetzt nicht das aktuelle Thema ist, angedacht ist eine Betrieb nur während den Öffnungszeiten des Schwimmbades. Beim Konzept von Herrn Profeta müsste dieser nach einem Jahr mitteilen, wie er sich das vorstellt mit dem Ganzjahresbetrieb.

GR Stecher erklärt, dass er den Kontakt mit Volker Kuranda hergestellt und die Informationen betreffend diesem Bewerber hat. Die beiden haben sich das Schwimmbadcafe vor Ort angesehen. Herr Kuranda betreibt das Axamer FZZ im Innen und Außenbereich. Er ist von einem Ganzjahresbetrieb wegen der technischen Ausführung nicht überzeugt, die Variante der Mittagsmenüs funktioniert seiner Meinung nach nicht. Er stimmt Bgm. Mag. Öfner zu, das Herr Kuranda in Axams gezeigt hat, dass er das kann. Er hat zwar kein Konzept geliefert, aber er hat Erfahrung von der Vergangenheit vorzuweisen.

VBgm Rangger fragt, ob man diese Angelegenheit dem Gemeindevorstand übertragen kann und die beiden Bewerber zu einem Hearing einladen könnte.

Bgm. Mag. Öfner versteht grundsätzlich den Wunsch, was er allerdings nicht weiß, ist, ob die beiden Bewerber da sind.

Es wird über das Jahreskonzept diskutiert.

VBgm Zangerl-Walser erklärt, dass sie sich das genau mit Profeta angeschaut hat und dass ihr das Konzept sehr gut gefällt, sie kochen immer frisch. Beim anderen stört sie die Umstellung der Kühlzelle auf den Tiefkühlraum.

GR Stecher erklärt, dass er der Meinung ist, dass die Größe des Aggregats nicht ausreichend ist.

VBgm Rangger sieht, dass beide informiert sind. Sie würde sich gerne ein neutrales Bild machen.

Ersatz-GR Plattner Martin erklärt, dass man seiner Meinung nach auf die Ereignisse der Vergangenheit schauen sollte und deshalb würde er dem Vorschlag von VBgm Rangger folgen und sich im kommenden Gemeindevorstand die Kandidaten anschauen.

Es wird sodann über die Beschlussfassung diskutiert.

Antrag + Beschluss:

Beide Interessenten für das Schwimmbadcafe sollen heute in einer Woche ab 18:00 Uhr zu einem Hearing einladen werden. Der erste um 18:00 Uhr und der zweite um 18:30 Uhr. Zudem wird die Übertragung an den Gemeindevorstand beschlossen. Sollte Herr Kuranda keine Zeit haben, wird er aufgefordert ein konkretes Konzept zu liefern.

Abstimmungsergebnis: beschlossen

Ja:	17	Nein:	2	Enthaltung:	
-----	----	-------	---	-------------	--

zu 31 Allfälliges, Anträge und Anfragen

Bericht:

Bgm. Mag. Öfner erklärt, dass er betreffend der Ausschreibung des Gasthof Hirschen einen Dringlichkeitsantrag einbringt. Er benötigt die Zustimmung des Gemeinderates, dass neben der Ausschreibung mit Substanzerhaltung des Gebäudes auch alternativ ein Angebot für eine Maximalverwertung des Gebäudes gelegt werden kann. Grund dafür ist die aktuelle Budgetsituation der Gemeinde und dass ein Angebot im Amt eingelangt ist, das mit € 700.000,-- beziffert ist. Daher benötigt er die Zustimmung des Gemeinderates.

Antrag + Beschluss:

Dem Antrag wird die Dringlichkeit zuerkannt.

Abstimmungsergebnis: beschlossen

Ja:	17	Nein:	2	Enthaltung:	
-----	----	-------	---	-------------	--

Diskussion:

GR Schöpf erklärt, dass genau dieses Thema im letzten Gemeinderat diskutiert wurde.

Es wird über die vergangene Beschlussfassung diskutiert, die Höhe des vorliegenden Angebotes der letzten Sitzung und der Höhe des Angebotes das erst letzte Woche im Amt eingelangt ist. Es wird auch über die Grenze und die Erhaltungsfähigkeit des Gebäudes diskutiert. Sodann wird über die weitere Vorgehensweise diskutiert.

Antrag + Beschluss:

Zusätzlich zum Beschluss des Gemeinderates vom 16.02.2017 soll in der Ausschreibung des Gasthofs Hirschen ein Alternativangebot für eine Maximalverwertung gelegt werden können.

Abstimmungsergebnis: beschlossen

Ja:	11	Nein:	8	Enthaltung:	
-----	----	-------	---	-------------	--

Bgm. Mag. Öfner fragt nach ob die Sitzungen des Gemeinderates für den Herbst künftig an Montagen stattfinden können und ob die Sitzung vom 29.06. auf den 28.06.2017 verlegt werden kann. Er erklärt, dass wenn die Sitzungen an Montagen stattfinden, es für allfällige Trauungen an Wochenenden leichter zu händeln ist. Betreffend der Klubsitzungen, wird die Gemeinderatssitzung dann in der Woche darauf sein. Man hat also drei Tage mehr Zeit für die Vorbereitung.

Bgm. Mag. Öfner fragt nach, ob noch jemand noch zum Punkt Allfälliges, Anträge und Anfragen eine Wortmeldung hat.

Diskussion:

Ersatz-GR Iris Pichler fragt nach den Bänken bei der VS, diese sollen angeblich wegen der Ruhestörung abmontiert worden sein.

VBgm Zangerl-Walser erklärt, dass diese nächste Woche kommen sollen.

Ersatz-GR Martin Plattner fragt nach, ob er die Überprüfung der Umstellung der gemeindeeigenen Fahrzeuge auf E-Autos haben kann und ob diese verteilt werden kann.

Bgm. Mag. Öfner erklärt, dass es demnächst einen Termin mit GemNova geben wird.

GR Plattner fragt wegen der Kirchenrenovierung nach, da heute in der Auergasse ein LKW steckengeblieben ist.

Bgm. Mag. Öfner erklärt, dass es sich nicht um ein Bauvorhaben der MG Zirl handelt.

GR Kaufmann erklärt dass am Freiongweg/Goasserweg rechts unten die Straßenlaterne nicht funktioniert.

GR Stecher fragt nach, ob es möglich ist in der Bühelstraße bei der Unterführung Richtung Zirler Berg ein Sackgassenschild anzubringen, damit die Leute nicht geradeaus fahren.

GR Neurauter erklärt, dass er betreffend der technischen Voraussetzungen zur Überprüfung der Gesamtbelege mit der kufgem in Kontakt steht. Er fragt nach ob am Friedhof am Eingangsgatter ein Begehungsverbot positioniert werden kann, an der Amtstafel ist dies auch vorhanden. Er fragt nach ob man in die Gebührenverordnung des B4 Einsicht nehmen kann. Er fragt auch nach ob betreffend der Gießenverlegung zwei Bescheid erlassen worden sind.

Bgm. Mag. Öfner erklärt, dass er betreffend der Gebührenverordnung nachrecherchieren wird und dies rechtlich abklären wird. Betreffend der Gießenverlegung erklärt er, dass die Fa. Freiwillig auf 600 Rohre umgestiegen ist. Sämtliche Einwendungen von Gerd Bennat wurden an die BH übermittelt und es wird diesbezüglich eine Besprechung geben.

Es wird sodann über die Bescheide diskutiert.

Bgm. Mag. Öfner bittet sodann GR Neurauter darum, seine Anfragen schriftlich an das Amt zu formulieren, damit diese beantwortet werden können.

VBgm Rangger fragt nach dem Schulareal und geht auf den von ihrer Fraktion gestellten Dringlichkeitsantrag ein. Es liegt nach wie vor eine Gefahrensituation vor, es ist nach wie vor nicht wirklich abgesperrt.

Bgm. Mag. Öfner erklärt, dass seines Wissens nach diese Woche mit den Abbrucharbeiten begonnen wird. Er kann die Bedenken daher nur aufnehmen und an die zuständigen Sachbearbeiter weiterleiten.

VBgm Rangger fragt nach den Ausgewiesenen Parkplätzen am Marktplatz und nach dem Demographieteam.

VBgm Zangerl-Wasler erklärt, dass es eine Aufteilung gegeben hat und dass vom Land noch Informationen übermittelt werden.

GR Stolze erklärt, dass es eine Aktennotiz zur Sitzung gibt.

VBgm Zangerl-Wasler erklärt, dass sie nachschauen wird und diese nachschicken wird.

VBgm Rangger fragt nach dem Stand betreffend der Radbrücke.

Bgm. Mag. Öfner erklärt, dass es betreffend der Radbrücke seit eineinhalb Wochen eine Förderzusage des Landes gibt und er einen Termin mit Herrn Stock vom TVB vereinbaren wird um weitere Möglichkeiten mit ihm zu besprechen.

GR Schöpf möchte erwähnen, dass der Recyclinghof sehr gute Arbeit leistet, die Leute dort sind sehr motiviert und arbeiten ordentlich. Er bittet die AL um Ausrichtung der Glückwünsche.

Bgm. Mag. Öfner bedankt sich für die Wortmeldung und wird dies an Gerd Plattner ausrichten lassen.

VBgm Rangger fragt nach dem Antrag betreffend dem Landschaftsgärtner.

Bgm. Mag. Öfner erklärt, dass dies im nächsten Gemeindevorstand behandelt wird. Es hat Gespräche mit Würtenberger und Plattner bereits gegeben.

Ersatz-GR Thomaser möchte sich für die Beteiligungen am Tag der Sonne bedanken und das alle Fraktionen mitmachen. Sie weist auch auf die Facebook Seite des Klimaschutzjahres hin.

Ersatz-GR Redolfi fragt betreffend der Stufen am Schlossbach nach, da diese nicht vorhanden sind. Er möchte dass größere Katastrophen vermieden werden, deshalb sollte dies schnell erledigt werden. Er hat am Sonntag am Nachmittag zudem Jugendliche auf dem Gerüst der Kirche gesehen. Schilder sind zwar da, aber er bittet darum, dies zu überprüfen.

GR Albrecht fragt nach dem Stand betreffend der Kirchstraße.

GR Stecher erklärt, dass es einen konkreten Plan gibt, aber er auf das okay von einer anderen Seite wartet. Er hofft, dass dies in den nächsten drei Wochen über die Bühne ist.

VBgm Zangerl-Wasler fragt nach ob man auf die HP des B4 die Preisliste hinaufnehmen kann. Sie fragt auch nach, ob man die Angelegenheit der Vereinspauschalen noch einmal diskutieren kann.

Bgm. Mag. Öfner erklärt, dass sie dies in ihrem Ausschuss vorberaten soll.

VBgm Zangerl-Wasler geht auf die Angelegenheit des car sharings ein, da dieser Punkt sehr wichtig ist.

Bgm. Mag. Öfner erklärt, dass er bald einen Termin hat, die Umsetzung für die Bevölkerung ist seines Wissens nach nicht so einfach.

VBgm Zangerl-Walser fragt nach wegen der Mopedzeiten beim SPZ und dass diese sehr rasant fahren. Sie fragt nach ob man ein Mopedfahrverbot ab 21:00 Uhr machen kann.

Bgm. Mag. Öfner erklärt, dass er dies im nächsten Gemeindevorstand behandelt, da dies vertraulich ist.

VBgm Zangerl-Wasler fragt nach betreffend zwei Frauen am Geistbühelweg, die betreffend der Müllbeseitigung nachfragen, da sie den Müll eine Stufe runtertun müssen, damit dieser abgeholt wird.

Bgm. Mag. Öfner erklärt, dass VBGM Zangerl-Walser die Namen konkret mitteilen muss, dass mit der Fa. Sailer in Kontakt getreten werden kann.

VBgm Zangerl-Walser erklärt, dass es sich bei einer Dame um Frau Mahn handelt.

Nicht öffentlicher Teil

- Es wurde dem Bürgermeister die Ermächtigung zu einem Vergleichsabschluss erteilt.
- Es wurde dem Bürgermeister keine Ermächtigung zu Führung von Vergleichsgesprächen in einem anhängigen Rechtsstreit erteilt.

Bgm. Mag. Thomas Öfner

AL Dr. Veronika Sepp-Zweckmair
Schriftführerin

VBgm. Iris Zangerl-Walser

VBgm. Victoria Rangger